



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

HARVARD LAW LIBRARY



3 2044 097 736 599

ÜBER DEN EINFLUSS
DER
EIGENTHUMSKLAGE
AUF DIE
ERSITZUNG

NACH RÖMISCHEM RECHTE.

HABILITATIONSSCHRIFT

VON

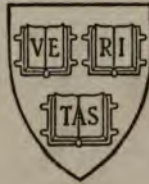
DR. JUR. ERWIN GRUEBER.

MÜNCHEN.

THEODOR ACKERMANN.

1875.

HARVARD
LAW
LIBRARY



HARVARD LAW SCHOOL
LIBRARY

Erwin Grueber

ÜBER DEN EINFLUSS
DER
EIGENTHUMSKLAGE
AUF DIE
ERSITZUNG
NACH RÖMISCHEM RECHTE.

HABILITATIONSSCHRIFT

VON
DR. JUR. ERWIN GRUEBER.
=

MÜNCHEN.
THEODOR ACKERMANN.
—
1875.

ROMAN
"S
GRU

For Ty
G

Rec. Mar. 10, 1904.

Einleitung.

Das Bestreben, einer Ansicht zum Siege zu verhelfen, für die nach meiner Ueberzeugung die Wucht der inneren Gründe spricht, ist es, dem die vorliegende Untersuchung ihren Ursprung verdankt. Wenn ich dabei zu einem Resultate gelange, das gegenwärtig vielleicht von den meisten unserer Rechtslehrer vertreten und jedenfalls in der Mehrzahl der gangbaren Pandektenlehrbücher¹⁾ niedergelegt ist, so dürfte sich mein Unternehmen wohl dadurch rechtfertigen, daß es gerade die gegentheiligen Meinungen sind, welche in neuerer Zeit mehrfach in monographischer Behandlung eine eingehendere Begründung erfahren haben²⁾, während es der hier entwickelten Ansicht an einer solchen fehlt³⁾.

1) *Arndts*, Lehrbuch der Pandekten, 8. Aufl. Stuttgart 1874, §. 163 Anm. 2. S. 260 und 261, *Brinz*, Lehrbuch der Pandekten, Erlangen 1857, I. §. 61. S. 221. 222, *Keller*, Pandekten, 2. Aufl. Leipzig 1867, I. §. 134. S. 303, *Puchta*, Pandekten, 9. Aufl. Leipzig 1863, §. 160 2. Absatz u. Note f, S. 247, *Vangerow*, Lehrbuch der Pandekten, 7. Aufl. Marburg u. Leipzig, 1863, I. §. 160. II, S. 249 f. — *Savigny*, System des heutigen röm. Rechts, Berlin 1847, VI. § 261 Nr. II. S. 55—61.

2) Dahin gehören die Abhandlungen von *Wächter* in seinen »Erörterungen aus dem römischen, deutschen und württembergischen Privatrecht, Stuttgart 1845«, III. S. 99—104, und von *Wilhelm Stephan* im Archive für civil. Praxis, 34. Bd., Heidelberg 1851 Nr. VIII. S. 181—192.

3) Als solche können wir nicht erachten die Abhandlung »über die Unterbrechung der Verjährung durch litis contestatio« von A. A. v. Buchholz in dessen Versuchen über einzelne Theile der Theorie des heutigen röm. Rechts, Berlin 1831, S. 129—139, indem dieselbe weder die l. t. praescriptio in ihrer ursprünglichen und eigentlichen Bedeutung würdigt, noch die für unsere Frage wichtigen Gesetzesstellen sämmtlich berücksichtigt.

Näher bezeichnet ist es die Frage, ob die Erhebung des Eigenthumsstreites die im Laufe befindliche Erfitzung unterbricht oder nicht, welche den Gegenstand nachfolgender Erörterung bildet. Unzweifelhaft ist es, daß die Erfitzung ebenso wie die Klagenverjährung einen gewissen Zustand voraussetzt, welcher in seiner Dauer zu dem Rechtserwerbe, beziehungsweise zu dem Untergange des Klagsrechts führt. Wenn wir nun von Unterbrechung der Erfitzung oder der Verjährung sprechen, so bezeichnen wir damit das zeitliche Aufhören des, den gedachten Rechtserfolg herbeiführenden Zustandes. Wann ein solches Aufhören eintritt, wird sich lediglich nach der Natur des fraglichen Zustandes selbst bestimmen. Wir werden daher, um unsere Frage beantworten zu können, die Voraussetzungen der Erfitzung und deren Verhältniß zur Prozeßerhebung festzustellen haben.

§. 2.

Das Recht der alten usucapio.

Die Ufucapion war eine Erwerbsart des Eigenthums, welche zu ihren Voraussetzungen Besitz, guten Glauben und einen rechtmäßigen Erwerbsgrund hatte⁴⁾. Von diesen drei Erfordernissen, die sämmtlich nur die Person des Erwerbers betreffen, mußten die beiden letztgenannten — bona fides und causa possessionis — nur im Augenblicke des Besitzerwerbes selber vorhanden sein; dauernd dagegen war, um den Eigenthumserwerb zu begründen, nur der Besitz auf Seiten des Ufucapienten erforderlich. Insofern definiren die römischen Juristen (Ulp. fr. 19. 8) sehr bezeichnend die usucapio als eine dominii adeptio per con-

4) Mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Ufucapion gewisser Sachen verboten ist, hat man als ein viertes Erforderniß vielfach die Ufucapionsfähigkeit der Sache verlangt. Richtiger aber ist es, hier von Ausnahmen der Ufucapion zu sprechen. Vergl. *Brinz* §. 60.

tinuationem possessionis anni vel biennii⁵⁾. Wenn sonach der Besitz die einzig zutändige Voraussetzung der Ufucapion ist, so kann auch nur dadurch, daß er aufhört, ein Aufhören, eine Unterbrechung derselben bewirkt werden, andererseits aber muß diese Unterbrechung auch mit Nothwendigkeit eintreten, weil ja sine possessione usucapio contingere non potest⁶⁾.

Mit Bezug auf andere Ereignisse ließe sich nur in einem übertragenen Sinne von Unterbrechung der Ufucapion reden, insofern nämlich ihrem Eintritte die der wirklichen Unterbrechung eigenthümlichen Wirkungen beigelegt würden, was aber selbstverständlich nur auf positiv rechtlicher Anordnung beruhen könnte. Als ein solches Ereigniß wird vor Allem die Litiscontestation genannt, die nach sehr verbreiteter Ansicht die Ufucapion des späteren römischen Rechts unterbrechen soll.

Was zunächst die usucapio des früheren Rechts betrifft, so sind wir über deren Verhältniß zur Litiscontestation durch klare und bestimmte Quellenzeugnisse unterrichtet. Wie es gewiß ist, daß der Verlust des Besitzes eine Unterbrechung der usucapio selbst bewirkt, so ist es auch zweifellos, daß der Anstellung der Eigenthumsklage eine solche Wirkung nicht zukommt. Der Eigenthumserwerb für den Ufucapienten tritt ein, wiewohl die Litiscontestation erfolgt ist. Allein da die Begründung der klägerischen Rechtsbehauptung lediglich nach dem Zeitpunkte dieses processualen Actes zu beurtheilen ist, so wird der Beklagte, wenn der Kläger damals wirklich Eigenthümer war, in der gleichen Weise zu verurtheilen sein, mag er nun im Laufe des Processus ersehen haben oder nicht. Nur die Vollziehung

5) Modestin in l. 3 D. de usurp. 41. 3 nennt die usucapio eine adiectio domini per continuationem temporis lege definiti, wohl insofern als dieselbe schon einen rechtlich geschützten Besitz voraussetzt. Vergl. Brinz, Lehrbuch der Pandekten I. S. 208. Die Schlussworte dieser Stelle sind wohl in Hinblick auf die verschiedenen Erzfizungsfristen im Justinian'schen Rechte interpolirt.

6) l. 25 h. t. (41. 3).

des richterlichen Restitutionsbefehles — und vermuthlich auch der Befehl selbst — mußte in beiden Fällen verschieden sein: während im letzteren Falle der Besitzer demselben durch einfache formlose Ueberlassung der vindicirten Sache genügte, war, wenn Ufucapion in Mitte lag, die Rückübertragung des Eigenthums selber erforderlich. Ueberdies mußte der Beklagte wegen etwaiger vorher erfolgter, dem Kläger nachtheiligen Dispositionen über die zu Eigenthum erworbene Sache Caution leisten.

l. 18 de rei vind. 6. 1 (Gaius l. VII. ad edictum prov.).

Si post acceptum iudicium possessor usu hominem cepit, debet eum tradere, eoque nomine de dolo cavere: periculum est enim ne eum vel pigneraverit vel manumiserit.

Es kann, da eine Uebertragung des Eigenthums an res Mancipi, wozu bekanntlich die Sklaven gehörten⁷⁾, zur Zeit unseres Juristen nur durch Mancipatio oder in iure cessio möglich war⁸⁾, nicht bezweifelt werden, daß das Wort tradere für Mancipare oder allenfalls auch in iure cedere interpolirt worden ist.⁹⁾ Das ergibt überdies auch die Analogie der weiter unten zu erörternden Stellen über den Verlust der Servituten durch Nichtgebrauch.

l. 20 eod., gleichfalls von Gaius und ursprünglich offenbar sich an l. 18 cit. anschließend, bemerkt weiter, es genüge nicht, die Sache selbst zu restituiren, sondern es sei nothwendig »ut et causa rei restituatur, id est ut omne habeat petitor, quod habiturus foret, si eo tempore, quo iudicium accipiebatur, restitutus illi homo fuisset.«

7) Ulp. fragm. 19. 1.

8) Ulp. fr. 19. §. 3. §. 9.

9) Nicht entgegen steht l. 21 de rei vind. 6. 1. Wenn hier nur die Cession der, dem Ufucapienten in Betreff des während des Processus flüchtig gewordenen und erseffenen Sklaven zustehenden Klagen verlangt wird, so erklärt sich das einfach daraus, daß eine förmliche Uebertragung des Eigenthums durch Mancipatio oder in iure cessio wegen Abwesenheit des Gegenstandes nicht möglich war. Ulp. fr. 19. 6, cf. Gai. I. 119. — Ulp. fr. 19. 10.

Wie der Erwerb des Eigenthums durch Ufucapion, so ist auch der Verlust der Servituten durch Nichtgebrauch ganz unabhängig von der Litiscontestation in Folge ange-
stellter actio confessoria. Das ist klar ausgesprochen in
l. 8. §. 4. si serv. vind. 8. 5:

[Ulpianus l. XVII. ad edictum] Et si quidem is optinuerit,
qui servitutem sibi defendit, non debet ei servitus
cedi, sive recte pronuntiatum est, quia habet, sive
perperam, quia per sententiam non debet servitus
constitui, sed quae est declarari. plane si non utendo
amisit dolo malo domini aedium post litem conte-
statam, restitui ei oportet, quemadmodum placet in
in domino aedium.

Der erste Theil der Stelle spricht den Satz aus, daß
das in einem Servitutstreite zu Gunsten des Klägers gefällte
Urtheil die Errichtung der Servitut nicht zur Folge haben
könne, weil demselben lediglich eine declarirende Bedeutung
zukomme. Nur dann, wenn der Kläger nach der Litis-
contestation die Dienstbarkeit durch Nichtgebrauch verloren
habe, müsse sie ihm wiederhergestellt werden. — So auf-
gefaßt steht die Stelle im vollsten Einklange mit der l. 18
cit. und dieser Parallelismus wird durch die Schlussworte
derselben ausdrücklich hervorgehoben, indem hier gesagt
wird, das Gleiche gelte auch für den Eigenthümer des Ge-
bäudes, wenn nämlich dieser sein Eigenthum durch Nicht-
gebrauch und die damit verbundene Ersitzung seitens des
Beklagten verloren habe. Freilich will es scheinen, als sei
der Verlust der hier in Rede stehenden Servitut nicht bloß
von dem Nichtgebrauche des Klägers, sondern auch von
einem dolus des Beklagten abhängig. Allein dieser dolus
kann in Gemäßheit des Grundsatzes, daß dem obliegenden
Kläger Alles zu restituiren ist, was er haben würde, wenn
er zur Zeit der Litiscontestation befriedigt worden wäre, als
ein eigentliches Erforderniß des Servitutenverlustes nicht
gedacht werden.¹⁰⁾ Wir werden daher anzunehmen haben,

10) Aus diesem Grunde berührt wohl die ausführliche und allgemein

der Jurist habe — vermuthlich in Hinblick auf einen bestimmten, ihm vorschwebenden Fall — in den Worten *dolo malo domini aedium* nur den Gedanken zum Ausdruck bringen wollen, daß auch eine dolose Verzögerung des Processes durch den Beklagten und der in Folge dessen bewirkte Verlust der Dienstbarkeit dem letzteren nicht zum Vortheil gereichen könne, indem ihm dann die Verpflichtung der Restitution des untergegangenen Rechtes obliege. Daß unter dieser nur eine neue Constituirung der Servitut, also nach dem Rechte der klassischen Juristen eine in iure cessio¹¹⁾ zu verstehen ist, ist schon an sich klar, erhellt aber überdies deutlich aus dem Gegensatze, welchen die Worte »*restitui ei oportet*« zu den vorangehenden »*non debet ei servitus cedi*« bilden.¹²⁾

Als weitere Belege für den Satz, daß die *usucapio* trotz erhobener Eigenthumsklage fortläuft, kommen in Betracht: l. 2. pro don. 41. 6, l. 17 i. f. de rei vind. 6. 1 und l. 2. §. 21 pro emt. 41. 4.

Unter denselben gibt die erstgenannte Stelle zu nicht

gebilligte Erklärung *Kellers* (*Litiscontestatio* und Urtheil, Zürich 1827, §. 22. S. 174—177) die angezogenen Worte gar nicht. — Wenn eben dieser Gelehrte am Schlusse der Stelle der, durch die besseren und insbesondere die Florentiner Handschrift beglaubigten Leseart »in domino aedium« die Leseart »in dominio aedium« aus dem Grunde vorziehen will, daß bei Annahme der ersteren kein ordentlicher Sinn herauszubringen sei, so dürfte ihm hierin nicht beizustimmen sein, wie aus der im Texte gegebenen Auffassung hervorgeht: es ist der Eigenthümer, also derjenige, der intendirt *rem suam esse*, mit dem *Confessorienkläger*, qui *servitutum sibi defendit*, in Parallele gestellt. Allerdings mag hiegegen eingewendet werden, es sei stilistisch nicht angemessen, dem Leser zuzumuthen, den *dominus aedium*, welcher kurz vorher als Beklagter in einem bestimmten Processse gedacht war, nunmehr, davon ganz abgesehen, als sein Eigenthumsrecht klageweise verfolgend zu denken, allein darin dürfte kein Grund liegen, von der florentinischen Leseart abzugehen.

11) Vgl. *Gai.* II. 29. *Sed iura praediorum urbanorum in iure tantum cedi possunt, rusticorum vero etiam mancipari possunt.* 30. *Ususfructus in iure cessionem tantum recipit.*

12) Vergl. hiezu l. 5 §. 5 si *ususfr. pet.* 7. 6 und *Keller*, *Litiscontestatio* §. 22. An. 3 S. 176.

unerheblichen Bedenken Veranlassung und darin dürfte vielleicht der Grund liegen, daß dieselbe so selten in unserer Frage citirt wird.¹³⁾ Sie lautet:

(Marcellus l. XXII. digest.) Si is, qui rem alienam donaverit, revocare constituerit donationem, etiamsi iudicium ediderit remque coeperit vindicare, curret usucapio.

Für das ältere Recht bereitet die Stelle der Erklärung keine Schwierigkeit. Man wird dabei mit Mommsen davon auszugehen haben, daß das Wort alienam nicht von Marcellus herrührt.¹⁴⁾ Bekanntlich waren nach der l. Cincia Schenkungen — jedenfalls Schenkungen über ein gewisses Maß — verboten und konnten durch jedes zu Gebote stehende Rechtsmittel entkräftet werden. Der Schenker konnte daher, wenn wegen mangelnder mancipatio oder in iure cessio — wie in unserer Stelle vorausgesetzt wird — das Eigenthum auf den Beschenkten nicht übergegangen war, die Eigenthumsklage erheben, ohne daß ihm eine wirkfame exceptio rei traditae entgegengestellt werden konnte. Gleichwohl aber lief die einmal begründete usucapio pro donato fort.¹⁵⁾ — Im Justinian'schen Rechte konnte die Stelle

13) Von den in meiner Abhandlung berücksichtigten Schriftstellern führen sie nur an: *Buchholz* S. 131 Note 7, *Sintenis*, das praktische gemeine Civilrecht 2. Aufl. Leipzig 1860. I. §. 51. Anm. 12. S. 500 und *Bethmann-Hollweg*, der römische Civilproceß, Bonn 1865, II. §. 103. Note 149. S. 520.

14) Wollte man auch dieser höchst wahrscheinlichen Behauptung nicht beipflichten, so würde das Resultat doch kein anderes sein; wir müßten, auch wenn wir uns an den vorliegenden Wortlaut halten wollten, annehmen, daß der Schenker nach der Hingabe der Sache Eigenthum daran erworben habe. Auch hier stände der, der Vindication entgegengesetzten exceptio rei traditae die replicatio legis Cinciae entgegen.

15) Vergl. *von Meyerfeld* (die Lehre von den Schenkungen nach römischem Rechte, Marburg 1835, I. §. 10 Nr. 42, S. 132), welcher mit dieser Auffassung ganz übereinstimmt. Was die praktische Bedeutung der Stelle betrifft, so spricht gegen den a. a. O. mitgetheilten Erklärungsversuch von Retes, welcher unter der in der Stelle erwähnten Vindication eine actio in factum verstehen will, jedenfalls das, was im Texte gegen

in ihrem ursprünglichen Wortlaute aus einem doppelten Grunde Anwendung nicht mehr finden: einmal weil das Schenkungsverbot der l. Cincia keine Geltung mehr hatte, somit von einem Widerruf auf Grund desselben nicht mehr die Rede sein konnte, und ferner weil der Beschenkte durch die bloße Tradition Eigenthum an der ihm geschenkten Sache erhielt und folgeweise sowohl die Usucapion durch den Beschenkten, als auch die Anstellung der Eigenthumsklage durch den Schenker ausgeschlossen bleiben mußte. Um ihr für das geltende Widerrufsrecht der Schenkungen eine Bedeutung zu geben, war es nothwendig, das Wort *alienam* einzuschieben. Wenn nun trotz der Hingabe einer fremden Sache dem Schenker die *Vindication* gegeben wird, so ist voranzusetzen, daß er später, etwa auf Grund einer Beerbung des wahren Eigenthümers, Eigenthum erlangt hat. Die der erwähnten Klage entgegengestellte *exceptio rei traditae* mochte dann der Kläger durch eine

die Statthaftigkeit der Annahme einer persönlichen Klage bemerkt ist. — Der von *Löher* im *Archive für civil. Praxis* (Band XV. S. 251) mit Entschiedenheit aufgestellten und von *Meyerfeld* selbst, allerdings in sehr schüchterner Weise, vertretenen Behauptung, l. 2 cit. handle von einer *donatio mortis causa*, steht, abgesehen davon, daß das in derselben gar nicht angedeutet ist, entgegen, daß auch diese Annahme ohne weitere Supposition nicht die unzweideutig ausgesprochene Concurrenz der *rei vindicatio* und der *usucapio* zu erklären vermag. — Räthselhaft ist es mir endlich, wenn *Meyerfeld* dieser Interpretation alternativ beifügt: vielleicht sei l. 2 cit. auch dadurch zu erklären, daß sie mit l. 20 de don. 39. 5 dieselbe *Inscription* habe. Wenn ich recht vermute, so wäre das so zu verstehen, daß unsere Stelle eine Fortführung des Gedankens des pr. der l. 20 cit. enthielte, indem darin ausgesprochen werden sollte, daß der Patron, welcher, obgleich nur auf den ihm gesetzlich zustehenden Erbtheil eingesetzt, mit einem *Fideicommiss* beschwert ist, selbst dann zurückfordern könne, wenn er daselbe wirklich ausgezahlt habe. Wie aber damit die ganze Fassung unserer Stelle vereinbar sein soll, wie insbesondere der Jurist dazu kommt, die Auszahlung eines *Fideicommiss* schlechthin eine Schenkung zu nennen und wie endlich die Schwierigkeiten der Stelle dadurch behoben sein sollen, ist mir vollkommen unklar und das dürfte sich vielleicht auch *Meyerfeld* nicht ganz klar gemacht haben.

Bezugnahme auf den vorhandenen Widerrufsgrund der Schenkung entkräften. Geradezu unthunlich erscheint es mir, das Wort vindicare auf die persönliche Widerrufsklage zu beziehen. Abgesehen davon, daß damit die Bedeutung des Wortes selber in Widerspruch stände, ist zu bemerken, daß dann die Behauptung, die Erfitzung laufe fort, eine ganz unnötige und der Erwähnung gar nicht bedürftige wäre.

In l. 17 cit. billigt Ulpian die Ansicht Julians, es habe der im Eigenthumsstreite unterliegende Beklagte omnem causam zu prästiren, insbesondere müsse er auch die durch die Verletzung des Streitgegenstandes etwa begründete actio legis Aquiliae dem Kläger abtreten; das aber, bemerkt Ulpian am Schlusse der Stelle, finde — entsprechend den Voraussetzungen dieser Klage — nur dann statt, wenn der Besitzer nach der Litiscontestation usucapirt und somit Eigenthum (plenum ius) an der Sache erworben habe.

L. 2. §. 21 cit. endlich spricht den Grundfatz, daß die Litiscontestation eine im Laufe befindliche Usucapion nicht unterbreche, ganz klar aus:

[Paulus l. LIV. ad edictum] Si rem alienam emero et cum usucaperem, eandem rem dominus a me petierit, non interpellari usucapionem meam litis contestatione.

Diesen Satz in Verbindung mit dem anderen, daß die gleichwohl abgelaufene usucapio dem Kläger nichts schade, faßt in sehr bezeichnender Weise Papinian in den wenigen Worten zusammen: usucapio *frustra complebitur* anticipata lite (fragm. Vat. §. 12).

Bei der Bestimmtheit unserer Quellenausprüche in der besprochenen Richtung erscheint es begreiflich, daß das hier entwickelte Resultat ein allgemein anerkanntes ist.¹⁶⁾

16) Außer den in Note 1 angeführten Lehrbüchern an den a. O. vergl. Keller, Litiscontestation S. 173 u. ff., v. Wening-Ingenheim, Lehrbuch des gem. Civilrechts, 4. Aufl. München 1831, I. §. 137. p. 331, Buchholz, a. a. O., Wilhelm Hamcaux, die usucapio und l. t. prac-

Auch besteht über die Auslegung der dafür vorgebrachten Stellen im Wesentlichen kein Streit; sie werden alle, bald mehr, bald weniger vollzählig von den verschiedenen Schriftstellern, die sich mit unserer Frage beschäftigt haben, angeführt. Mehrfach wird auch l. 2. pr. pro her. 41, § als Belegstelle verwendet.¹⁷⁾ Unseres Erachtens nicht mit vollem Rechte. Es heißt hier, daß die *missio in possessionem legatorum servandorum causa* den *Usucapionsbesitz* nicht unterbreche. Es handelt sich also gar nicht um einen Rechtsstreit; von einer *Litiscontestation* und deren Wirkungen ist nicht die Rede. Nur insofern die Stelle zeigt, daß Thatfachen, die den (juristischen) Besitz als solchen nicht berühren, auch keine Wirkung auf den Lauf der *Ersitzung* äußern, ist sie für die Anschauungsweise der römischen Juristen charakteristisch und auch für unseren Rechtsatz nicht ohne Belang.

Indem ich diesen Satz ausspreche, bin ich mir wohl bewußt, daß er nicht ohne Widerspruch bleiben wird. Man wird dagegen einwenden, wenn es auch unzweifelhaft richtig sei, daß insbesondere die Anstellung der *Eigenthums-klage* die *Ufucapion* nicht unterbrochen habe, so sei es doch andererseits auch gewiß, daß einer andern Thätigkeit des *Eigenthümers*, die ebenso wenig den Besitz des *Ufucapien-ten* selbst ergreift, — der *Abbrechung* eines Zweiges — diese unterbrechende Wirkung beigelegt worden sei. Insofern also ein solcher Act während der *Ersitzungszeit* nicht erfolgt sein dürfe, setze der *Erwerb* durch *Ufucapion* auch ein *Erforderniß* in der Person des *Eigenthümers* der Sache voraus.

scriptio, Giesfen 1835, S. 167 f. *Kierulff*, Theorie des gem. Civilrechts, Altona 1839, I. S. 283 Anm., *Wächter* S. 99—101, *Schmid*, Handbuch des gem. bürgerlichen Rechts, Leipzig 1847 I. §. 14, An. 192, S. 456, *Andreas May*, über den Charakter der ordentlichen *Eigenthumserfitzung* nach der c. un. C. de usuc. transf. Bamberg 1847, §. 7. S. 53—55, *Stephan*, S. 181, *Unterholzner*, Entwicklung der gesammten Verjährungslehre 2. Aufl. Leipzig 1858, I. §. 126, S. 449 f., *Sintenis* a. a. O., *Windscheid*, Lehrbuch des Pandektenrechts, 3. Aufl. Düsseldorf 1869. I. §. 180. An. 7.

17) Vergl. *W. Ingenheim*, *Wächter* und *Vangerow* an den a. O.

Allein dieser Einwand ist nicht begründet, da eine solche Unterbrechung in der That nie bestanden hat, wie aus Folgendem erhellen wird.

Bekanntlich wurde diese f. g. civilis usurpatio zuerst von Hufschke ¹⁸⁾ aus der l. 5. de usurp. hergeleitet, welche Stelle hier in ihrem Wortlaute angeführt werden soll.

[Gaius l. XXI ad edictum provinciale.] Naturaliter interrumpitur possessio, cum quis de possessione vi deiicitur vel alicui res eripitur. quo casu non adversus eum tantum, qui eripit, interrumpitur possessio, sed adversus omnes. nec eo casu quicquam interest, is qui usurpaverit dominus sit nec ne: ac ne illud quidem interest, pro suo quisque possideat an ex lucrativa causa.

Den in diesen Worten liegenden Gegensatz der Wirkung der natürlichen Besitzunterbrechung im Verhältniß zu der Wirkung einer anderweiten Unterbrechung, glaubt Hufschke nicht durch Bezugnahme auf das Recht der longi temporis possessio erklären zu können, weil die hiebei geltende Unterbrechung durch Klageanstellung von den Römern nicht civilis usurpatio genannt wurde und überdies die ganze Stelle offenbar nur von einer Unterbrechung des Usucapionsbesitzes handle. Von diesem Gedanken beherrscht, kann er den fraglichen Gegensatz nur in dem Rechte der usucapio selbst als begründet anerkennen und gelangt auf diese Weise zur Aufstellung einer civilen Unterbrechung derselben, welche wie aus Cicero de orat. III. 28. §. 110 erhellen soll, bei ländlichen Grundstücken durch Abbrechen eines Zweiges geschah.

Gegen diese Interpretation, die sich fast allgemeiner Anerkennung erfreut ¹⁹⁾, läßt sich einwenden, daß die

18) Zeitschrift für Civilrecht und Prozeß, Neue Folge, II. Bd. 1846, Gießen 1846, S. 141—150.

19) Vgl. Arndts §. 163 An. 1, Brinz §. 61 im Anfang, Puchta §. 160 Note c, Vangerow I. §. 323 S. 611, Windscheid §. 180 Anm. 7 im Anfang, Unterholzner I. §. 131, S. 460—462. — Dagegen ist Hufschke's

Stelle ihren Worten nach nicht von einer Unterbrechung der *Ufucapion*, sondern von einer Unterbrechung des Besitzes spricht: es heisst nicht *naturaliter interrumpitur usucapio*, sondern *naturaliter interrumpitur possessio*. Wenn wir nun auch zugestehen, dass der hier gemeinte Besitz ein *Ufucapionsbesitz* in dem Sinne sei, dass er einer *usucapio* als zum Grunde liegend gedacht wird, wofür die demselben Buche des Gaius entnommene l. i h. t., sowie die Thatfache, dass auf die Unterbrechung eben dieses Besitzes der Ausdruck *usurpare* angewendet wird, spricht, so ist doch der Besitz, den die l. t. *possessio* erfordert, seiner Natur nach kein anderer; es ist auch *Ufucapionsbesitz* und wenn wir daran festhalten und uns ferner vergegenwärtigen, dass die Klageanstellung des Eigenthümers gegen den Präscribenten wirklich als eine Unterbrechung seines Besitzes gedacht wurde²⁰⁾, so erscheint es in hohem Grade wahrscheinlich, dass die Stelle diesen Gegensatz zum Ausdrucke bringen wollte, und das ist um so erklärlicher, wenn wir erwägen, dass dieselbe einem Commentar zum Provinzialedict entlehnt ist, somit für den Juristen besondere Veranlassung vorlag, des bei Provinzialgrundstücken in Anwendung tretenden Rechtsinstitutes zu gedenken.

Hiernach will die Stelle befragen: Seiner Natur nach wird der Besitz unterbrochen, wenn Jemand gewaltsamer Weise desselben entsetzt oder Einem eine Sache entrisen wird. Hierbei ist zu bemerken:

Ausführung mit Entschiedenheit von *Krüger* in seiner Inauguraldissertation *de temporum computatione*, Berol. 1861, pag. 46—51, angegriffen worden und ihm ist in jüngster Zeit *Hölder* (die Theorie der Zeitberechnung nach römischem Recht, Göttingen 1873 S. 120) beigetreten. Auch ich nehme keinen Anstand seinen Angriffen in allen wesentlichen Punkten beizustimmen, nur bin ich in Bezug auf die positive Auffassung der l. 5 cit. anderer Meinung. Wenn ich gleichwohl die wichtigsten, gegen die Annahme einer *civilis usurpatio* sprechenden Gründe zusammenstelle, so mag das die geringe Verbreitung der Dissertationen überhaupt; insbesondere aber der Umstand rechtfertigen, dass der Kritik *Krüger's* noch nicht die ihr gebührende Würdigung zu Theil geworden ist.

20) Vergl. darüber den folgenden §.

- 1) daß die Besitzunterbrechung im Verhältniß zu allen Personen wirkt, also in ihrer Wirkung nicht beschränkt ist auf die Person desjenigen, welcher sie vorgenommen hat, wie jene Besitzunterbrechung durch Anstellung der Eigenthumsklage gegen den Präscribenten, welche lediglich dem Kläger selbst nützt;
- 2) daß es gleichgültig ist, ob der Ufurpant Eigenthümer war oder nicht, während die Unterbrechung des Besitzes, die durch Klageanstellung erfolgt, Eigenthum des Klägers voraussetzt. — Daß letzterer in den Quellen nicht usurpans genannt wird, ist zwar richtig, aber der Ausdruck »qui usurpaverit« (ebenso wie der vorangehende »qui eripit«) bezieht sich auch nicht unmittelbar auf ihn, sondern auf denjenigen, welcher den Besitz durch Entziehung der besessenen Sache unterbrochen hat ²¹⁾.

Wie I. 5 cit., so bedarf auch die angezogene Stelle von Cicero zu ihrer Erklärung durchaus nicht der Annahme einer civilen Unterbrechung. Ja wir werden noch weiter gehen müssen und in Berücksichtigung des Zusammenhanges der letzteren Stelle mit den ihr vorhergehenden Paragraphen sagen müssen, daß die streitigen Worte durch Hufschke eine befriedigende Erklärung nicht gefunden haben. Cicero klagt nämlich darüber, daß Disciplinen, welche eigentlich den Rhetoren zugehörten, gegenwärtig von den Philosophen und ihren Schülern behandelt würden und diese Thatfache veranlaßt ihn, die Rhetoren als von ihrem Besitze (patrimonium) vertrieben (depulsi) und auf einen kleinen Theil (praediolum) ihres ihnen eigenthümlichen Gebietes beschränkt darstellen. An diese Gedanken anschließend bemerkt er dann weiter, die Redner nähmen das, was in Wahrheit ihr Eigenthum sei, von den Philosophen zu leihen ²²⁾ und in

21) Den Schlusssatz der Stelle »ac ne illud quidem interest, pro suo quisque possideat, an ex lucrativa causa« beziehe ich mit Unterholzner I. §. 181, Note 454, S. 461, gleichfalls auf den Ufurpanten. Dagegen Schirmer a. a. O. und Krüger pag. 50.

22) Vergl. insbesondere de orat. III. 27. §. 108.

Hinblick auf den Umstand, daß erstere sich einer von den letzteren aufgestellten Eintheilung des Redestoffes bei Ertheilung des Unterrichtes bedienten, fügt er bei, die Rhetoren thäten das aber nicht in der Art, daß sie durch angestregten Prozeß oder überhaupt irgendwie ihren verlorenen Besitz reell wiedererlangten, sondern schienen ihn lediglich durch Abbrechung eines Zweiges zu usurpiren (sed ita non ut iure aut iudicio aut denique²³⁾ recuperare omissam possessionem, sed ut ex iure civili surculo defringendo usurpare videantur). Wenn nun auch diese ganze Darstellung eine rein bildliche ist und es gewiß nicht angemessen wäre die einzelnen Worte vom juristischen Standpunkte aus scharf zu betonen, so wird doch wohl so viel zuzugeben sein, daß dem uns entrollten Bilde im Allgemeinen richtige juristische Vorstellungen zum Grunde liegen.

Wenn wir nun erwägen, daß der auf der einen Seite Berechtigte, nämlich solche Personen, die als Eigenthümer gedacht sind, auf der anderen Seite aber absolut unberechtigte Besitzer stehen, die ihren Besitz lediglich einem gewaltfamen Eingriff in das fremde Eigenthum verdanken, so werden wir zu dem Schlusse gelangen müssen, daß an eine Usucapion auf Seiten der Letzteren und mithin auch an eine Unterbrechung derselben nicht gedacht werden konnte.

In früherer Zeit pflegte man das Abbrechen des Zweiges auf die Vorbereitung der manuum consertio zu beziehen, die an einem solchen vorgenommen worden wäre. Hufchke glaubt von dieser Erklärung abgehen zu müssen, weil eine Tautologie herauskäme, wenn nach iure aut iudicio eine diese einleitende Handlung erwähnt worden wäre. Dieser Einwand würde allerdings, wenn er richtig wäre, nicht nur

23) So der handschriftlich überlieferte Text von dem abzugehen ich mich um so weniger veranlaßt sehe, als auch Hufchke eine Conjectur nicht für nothwendig hält, wenn man nur auf das Wort denique befonderen Nachdruck legt. Ueber andere Lesearten vergl. *Hufche* a. a. O. S. 142. f. u. *Frid. Ellendt*, Ciceronis de orat. libri III. Regimontii Prussorum 1840, I. pag. 499.

die Unhaltbarkeit der erwähnten Auffassung ergeben, sondern überhaupt jede Unterfuchung darüber, ob die *surculi defractio* einem vorbereitenden Stadium des Eigenthumsfreites angehört habe, geradezu abschneiden. Allein, er entbehrt ohne Zweifel jeder Begründung, da der Gegensatz in der Stelle offenbar durch die Worte *recuperare* und *usurpare* gebildet wird, nicht aber durch die, die Wiedererlangung und beziehungsweise die bloße Ufurpation bewirkenden Mittel.

Mehr Gewicht hat die andere Einwendung Hufchke's, zum Zwecke der *manuum consertio* sei herkömmlich eine Scholle genommen worden.

Diese Thatfache ist mehrfach bezeugt²⁴⁾ und es scheint auch wohl anzunehmen zu sein, daß dort, wo es sich nicht um einen eigentlichen Acker, sondern ein anderes ländliches Grundstück handelte, überhaupt ein Theil des Bodens selber zu dem genannten Zwecke gebraucht wurde²⁵⁾. Allein die hier einschlägigen Quellenzeugnisse beziehen sich doch erst auf die spätere Zeit, während früher als nach dem Rechte der XII Tafeln das *manum conferere* noch in unmittelbarer Beziehung auf das Grundstück selbst vorgenommen wurde, es nothwendig einen anderen Charakter gehabt haben muß²⁶⁾ und somit für diese Zeit der Gebrauch eines Zweiges keineswegs ausgeschlossen ist. Freilich war diese älteste Form des Streitbeginnes zu Cicero's Zeit nicht mehr üblich und dieser Umstand bestimmt mich, jener Meinung²⁷⁾ beizutreten, welche die *surculi defractio* als einen Bestandtheil der *deductio quae moribus fit* aufgefaßt hat. Letzere war aller Wahrscheinlichkeit nach²⁸⁾ für Fälle

24) Cf. Gai. IV. 17. Gellius, noct. Att. XX. 10.

25) »terrae aliquid — uti unam glebam« sagt Gellius, n. Att. XX. 10.

26) S. Bethmann-Hollweg, I. §. 49. S. 33, Text zur Note 16 u. 17.

27) Cf. Krüger pag. 51. 52.

28) Vergl. die geistreiche Ausführung *Keller's* »über die *deductio quae moribus fit* und das *interdictum Uti possidetis*« in der Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft XI. Band, Berlin 1842. S. 287—304.

nicht streitigen Besitzes von Grundstücken die Einleitungsform der *actio in rem per sponsionem* und stellte sich — als Collectivhandlung betrachtet — »bildlich dar als eine Anmaßung des Besitzes und die siegreiche Abwehrung derselben mittelst gewaltsamer Abführung des Eingedrungenen durch den Besitzer«²⁹⁾. Bezeugt ist uns lediglich der Act des *Deducirens* selbst auf Grund vorangegangener Vereinbarung³⁰⁾ und dieser erhält durch die Annahme, der zu *Deducirende* habe vor der *deductio*, wenn es sich um ein dazu geeignetes Grundstück handelte, durch Abbrechung eines Zweiges bildlich Besitz von dem streitigen Objecte ergriffen³¹⁾, eine nothwendige und gewiß sehr entsprechende Ergänzung.

Erfcheint nach dem Gefagten die *civilis usurpatio* als nicht erwiesen, indem die dafür vorgebrachten Quellenbelege auch eine anderweitige und befriedigendere Erklärung zulassen, so stehen ihr überdies die gewichtigsten Bedenken allgemeiner Natur entgegen. Nehmen wir an eine

29) Keller a. a. O. S. 291.

30) Cf. Cic. pro Tullio cap. 20.

31) Mit dieser Auslegung ist das Wort *usurpare*, das aus *usum* oder *usu rapere* entstanden ist und ursprünglich »etwas in seinen Gebrauch ziehen« — somit einem Anderen entziehen — bedeutet, sehr wohl vereinbar (vergl. darüber insbesondere die etymologische Erörterung von *Otfried Müller* im neuen Rheinischen Museum für Jurisprudenz, Göttingen 1833. V. S. 200—203 und *Böcking*, Pandekten, Leipzig 1855. II. Band, 1. Lief. §. 148. S. 115. N. 15). Aus dieser Grundbedeutung lassen sich alle anderen Bedeutungen ohne Mühe ableiten, insbesondere auch jene technische der Unterbrechung der *Usucapion* [Rubr. Dig. de usurpationibus et usucapionibus, 41. 3, l. 2. u. l. 5. h. t.]. Daraus ergibt sich ferner von selbst, daß die *usurpatio* nur insofern eine *usucapionis interruptio* genannt wurde, als die Unterbrechung auf einer Besitzentziehung durch Andere beruhte, nicht insofern sie in Folge sonstigen Besitzverlustes eintrat. Treffend hebt Müller S. 201. f. hervor, daß *usurpare* immer dadurch von *uti* unterschieden bliebe, daß dieses Wort ein fortdauerndes Verhältniß, *usurpare* aber mehr den oder die einzelnen Acte des Gebrauchmachens bezeichnet und von diesem Gesichtspunkt aus begreift es sich leicht, wie Cicero dazu kommt die symbolische Besitzanmaßung durch *surculi defractio* eine *usurpatio* zu nennen.

derartige Unterbrechung habe wirklich bestanden, so mußte sie ein Institut von ungemeiner praktischer Wichtigkeit sein und es wäre in der That höchst wunderbar, wenn das ganze uns überlieferte Quellenmaterial keine Spuren ³²⁾ davon enthalten würde, wie das wirklich der Fall ist. Unter derselben Voraussetzung wäre auch wohl kaum ein gerechter Grund für die von der römischen Jurisprudenz ausgebildete *restitutio in integrum* gegen die *Ufucapion* durch Abwesende und andere Personen, die mit Klage nicht zu belangen waren ³³⁾, aufzufinden gewesen und ebenso wenig wäre es erklärlich, was Justinian dazu bestimmt hätte, die Eigenthümer in l. un. C. de transf. usuc. 7. 31. *miseri domini* zu nennen, wenn diese durch alljährliche Abbrechung eines Zweiges die *Ufucapion* fort und fort zu verhindern in der Lage gewesen wären. Endlich aber würde aus eben demselben Grunde diese Unterbrechung den Zweck der *Ufucapion* — *ne rerum dominia diu et fere semper incerta essent* — geradezu vereitelt haben.

Diese Erwägungen führen mit Nothwendigkeit zu der Folgerung, daß der Gedanke einer civilen, d. h. einer neben der natürlichen, bestehenden Unterbrechung der *usucapio* dem römischen Rechte überhaupt fremd gewesen sei und rechtfertigen es zugleich auch, den Grund für die nicht unterbrechende Wirkung der *Litiscontestatio* einfach darin zu erblicken, daß sie den Besitz des Beklagten selbst nicht berührte.

32) Die Bemühungen Hufchke's solche nachzuweisen, sind als ganz vergeblich zu bezeichnen. Cf. Krüger. pag. 48. 49.

33) Cf. l. 21—26 ex quibus causis maiores 4. 6.

Das Recht der longi temporis praescriptio.

Indem wir nunmehr zur praescriptio l. t. übergehen, betreten wir ein, sowohl in Bezug auf die Gesamtaufassung des Institutes selber als auch in Bezug auf die einzelnen Quellenstellen sehr controverfies Gebiet. Dabei sehen wir zunächst noch ganz ab von den, durch Justinian in der l. 8 C. de praescr. XXX. ann. 7. 39 und der l. un. C. de usuc. transf. 7. 31 herbeigeführten Veränderungen, insbesondere auch von dem berühmten Satze der ersteren Stelle, wonach an den Ablauf des longum tempus schon nach den alten Gesetzen eine vindicatorische Wirkung geknüpft sein sollte (hoc enim et veteres leges, si quis eas recte inspexerit, sanciebant), und betrachten die l. t. praescriptio lediglich in ihrer ursprünglichen Bedeutung. Man hat für sie sowohl Unterbrechung, wie Nichtunterbrechung durch Litiscontestation behauptet, und zwar theils so, indem man sich lediglich auf die einzelnen Quellenaussprüche stützte und dieselben im Sinne der einen oder der anderen Meinung auslegte, theils so, indem man für die Entscheidung dieser Frage tiefer liegende Gesichtspunkte zu gewinnen suchte. Insbesondere haben sich historische Untersuchungen über Entstehung und Wesen der l. t. praescriptio die Frage angelegen sein lassen, ob das Institut als Erfitzung oder Klagenverjährung aufzufassen sei³⁴). Während diejenigen, die der letzteren Ansicht beipflichten, vielfach die Unterbrechung durch Litiscontestation behaupten³⁵), wird eine

34) Siehe insbesondere *Demelius* Untersuchungen aus dem römischen Civilrechte. I. Bd. I. Geschichte der Klagenverjährung, §. 11. S. 82—88. ferner *Unterholzner* II. §. 174. 175 S. 78 ff. und *Puchta* *Curfus der Institutionen*, II. §. 240 in Vergleichung mit §. 208 dafelbst. Die historischen Untersuchungen bei *Hameaux* §. 5—8 und *May* §. 2—10 beziehen sich nur auf das Verhältniß der l. t. praescriptio zur usucapio, ohne auf das Wesen des Institutes selbst näher einzugehen.

35) Vergl. insbesondere *Wächter* S. 101 Note 35, welcher die unterbrechende Wirkung der Litiscontestation aus der Natur der l. t. praescriptio als einer Klagenverjährung erklärt.

solche Wirkung von den Vertretern der ersteren Meinung gezeugnet und an dem Fortlauf der praescriptio trotz Erhebung der Eigenthumsklage festgehalten³⁶⁾.

Ich trage kein Bedenken, der l. t. praescriptio in ihrem Ursprunge den Charakter einer Ersitzung zu vindiciren. Das wird schon dadurch nahe gelegt, daß sie ein Ersatz für die usucapio in Fällen, wo diese nicht statthaben konnte, war, und durch die ganze Haltung der hier in Betracht kommenden Quellenstellen erwiesen, indem es nach Ausweis derselben der Besitz ist, welcher in seiner Dauer den Rechtserwerb begründet³⁷⁾. Daß die l. t. praescriptio nur zum Erwerbe einer Einrede, nicht aber zum Erwerbe des Eigenthums selber führte, erklärt sich daraus, daß an jenen Gegenständen, für welche dieses Institut allem Vermuthen nach zuerst eingeführt wurde, nämlich den Provinzialgrundstücken³⁸⁾, ein eigentliches Privateigenthum in älterer Zeit nicht anerkannt war³⁹⁾. Abgesehen aber von dieser Verschiedenheit des Rechtserwerbes, sowie von der verschiedenen Dauer der Fristen waren beide Institute ur-

36) v. Buchholtz a. a. O., insbesondere S. 133, Demelius S. 84 Note 3.

37) Die nähere Ausführung der im Texte vertretenen Ansicht findet sich bei Demelius S. 82—84, welcher an dieser Stelle auch den Nachweis dafür erbringt, daß die l. t. praescriptio eine Klagenverjährung gar nicht gewesen sein konnte, weil dieser Begriff wesentlich die Verjährung der Klageanstellung durch den Berechtigten voraussetzt. Vergl. zudem die Definitionen der Klagenverjährung bei Savigny System V. S. 265, Brinz I. §. 48, Puchta Pand. §. 89.

38) Vergl. Puchta, Institutionen II. §. 240 Unterholzner I. §. 10, S. 39 f.

39) Noch Gaius II. 7 bemerkt, daß das Eigenthum am Provinzialboden entweder dem römischen Volke oder dem Kaiser zustehe und der Private lediglich possessio et ususfructus daran habe. Daß indeß diese Berechtigung des Einzelnen vom Eigenthume nicht mehr wesentlich verschieden war, geht schon daraus hervor, daß Gaius in §. 21 eod. diese Grundstücke unter den res nec mancipi aufzählt, welche durch bloße Tradition übereignet wurden. Cf. §. 20 eod. — Unterholzner II. §. 174 S. 78. In den Zeiten der Kaiser Diocletian und Maximinian ist das Privateigenthum an den Provinzialgrundstücken schlechthin anerkannt. Vergl. fragm. Vat. §. 315 und 316, l. 3 C. h. t. 7. 33.

spürlichlich gewifs ganz gleichartig: wie die *usucapio* Erwerb des Eigenthums, so war die *l. t. praescriptio* Erwerb einer Einrede gegen die Eigenthumsklage⁴⁰⁾ zu Gunsten desjenigen, der eine in gutem Glauben und auf Grund eines Titels erworbene Sache lange Zeit hindurch befaßen hatte.

Aus dieser Auffassung der *l. t. praescriptio* ergibt sich, daß, wenn gegen den im Präscriptionsbesitze Befindlichen geklagt wurde, das Verhältniß im Grunde genommen kein anderes war, als wenn gegen den *Usucapienten* die *rei vindicatio* erhoben worden war. Der Ablauf des für die *l. t. praescriptio* vorgeschriebenen Zeitraumes mußte ebenso wohl vor der *Litiscontestatio* vollendet sein, wie jener der *usucapio*, wenn sich der Beklagte wirksam darauf berufen wollte. Nur unter dieser Voraussetzung konnte es zu seiner Freisprechung kommen; anderen Falls, wenn die vorgeschriebene Zeit nicht verflossen war, mußte dessen Verurtheilung erfolgen. In dieser Beziehung, insofern also weder die nach der *Litiscontestatio* abgelaufene *l. t. praescriptio*, noch die danach vollendete *usucapio* die Anerkennung des klägerischen Eigenthumes durch den Richter und folgeweise die Verurtheilung des Beklagten hinderte, läßt sich von einer Unterbrechung des Zustandes sprechen, der ohne in Mitten liegende *Litiscontestatio* nothwendig zur Abweisung des Klägers geführt hätte und somit im uneigentlichen Sinne auch von einer Unterbrechung der *usucapio* und *l. t. praescriptio* selbst.

Allein eine Verschiedenheit beider Institute besteht in dieser Richtung doch, wenn sie auch nur in dem verschiedenen Charakter des Rechtserwerbes begründet ist. Während die *usucapio* als solche nach erhobener Eigenthumsklage fortlief und mit ihrem Ablauf für den Beklagten den Erwerb des Eigenthumes mit allen seinen Consequenzen

40) Dieses Ausdruckes wollen wir uns der Kürze halber hier und in Folgendem bedienen, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß ursprünglich bei Provinzialgrundstücken eine solche Klage nicht stattfinden konnte. Siehe die vorhergehende Note.

begründete, konnte, wenn das *longum tempus* nach der *Litiscontestatio* vollendet war, die Einrede für den Beklagten nicht mehr in Erscheinung treten, weil für ihre Begründung, mochte der Proceß auch noch so lange dauern⁴¹⁾, immer der Zeitpunkt der *Litiscontestatio* maßgebend blieb. Könnte man nun annehmen, der Eigenthümer habe seine Klage gegen den Präscribenten überhaupt nur ein Mal anstellen können, so würde durch diesen Act der Erwerb der Einrede definitiv ausgeschlossen gewesen sein. Freilich würde die so gegebene Unterbrechung nicht in der Natur des Rechtsinstitutes selber, sondern in dem Satze des Proceßrechtes, daß zweimal über dieselbe Sache nicht geklagt werden könne, ihren Grund haben.

Indessen läßt sich die Möglichkeit der Anstellung einer zweiten Klage nicht in Zweifel ziehen. Die Verwirklichung der Regel: *ne bis de eadem re sit actio* war ja bei den meisten Proceßten und jedenfalls bei allen *actiones in rem*⁴²⁾ in die Willkür des Beklagten gelegt. Seine Sache war es, den Prätor zu veranlassen, die *exceptio rei in iudicium deductae* in die Formel einzustellen. War das nicht geschehen, so konnte sich der Beklagte nach dem Gefagten sehr wohl auf den Ablauf des nunmehr vollendeten *longum tempus* berufen. Allerdings wird dieser, an sich zwar mögliche Fall praktisch so ziemlich ohne Bedeutung gewesen sein.

Von ungleich größerer Wichtigkeit war es, daß der Eigenthümer sich zur Geltendmachung seines Rechtes selber dadurch eine weitere Klage vorbehalten konnte, daß er die erhobene auf einen bestimmten Erwerbungsgrund be-

41) Die Regel über die beschränkte Dauer der *iudicia*, quae imperio continentur (Gai. IV. 105), zu welchen die Proceßte, wo eine *l. t. praescriptio* in Frage kommen konnte, regelmässig gehört haben werden, ist, jedenfalls in den Kaiserprovinzen, schon frühe außer Uebung gekommen. Vergl. Keller *Civilproceß* §. 45 Note 522. Ueber die *l. 49 §. 1. de iud. 5. 1* und deren Verhältniß zu *l. 13 §. 1. de iurisd. 2. 1* siehe Keller, *Litiscontestatio* S. 161—165.

42) Vergl. Gai. IV. 106. 107, III. 181.

schränkte⁴³⁾. Auch hier war es möglich, daß der Beklagte die *exceptio longi temporis* der zweiten Klage gegenüber mit Erfolg vorschützte.

Zu diesem Resultate gelangen wir, wenn wir die l. t. *praescriptio* als Erwerb einer Einrede auf Grund langjährigen qualificirten Besitzes auffassen; es fragt sich nunmehr, wie sich die Ausprüche unserer Quellen dazu verhalten. Damit sind jedenfalls vollkommen vereinbar:

l. 10. C. de longi temporis praescriptione. 7. 33. [Impm. Diocletian. et Maxim.] Nec bona fide possessionem adeptis l. t. praescriptio post moram litis contestatae proficit, cum post motam controversiam in praeteritum aestimetur.

l. 26. C. de rei vind. 3. 32. [Idem] Morae litis causam possessoris non instruunt ad inducendam longae possessionis praescriptionem, quae post litem contestatam in praeteritum aestimatur.

indem hier nur ausgesprochen wird, daß die Zeit des Pro-

43) Dieser Satz, der sich auf l. 11 §. 2 und l. 14 §. 2 de exc. rei iudicatae 44. 2 stützt, ist mit Recht von jeher anerkannt worden. Noch bei *Keller*, *Litiscontestatio* und *Urtheil* 1827, S. 290 f., findet sich keine Spur des Widerspruches. Erst *Puchta* hat im Jahre 1828 (*Rheinisches Museum für Jurisprudenz* II. S. 251—270), die Auslegung der citirten Stellen angegriffen und die Möglichkeit einer zweiten Anstellung der Eigenthumsklage schlechthin verneint (s. auch desselben Vorlesungen über das heutige römische Recht, 5. Aufl. Leipzig 1862, I. Bd. VIII. Beil. S. 476—478, und seine *Institutionen* II. Bd. §. 175, Text zu den Noten gg—ii). Ihm stimmen außer einigen Anderen *Zimmern* (*Geschichte des römischen Privatrechts*, 3. Bd. Heidelberg 1829, §. 53, Note 7, S. 152) und *Van-gerow* (I. §. 173, S. 284 f.) bei. Indessen ergibt sich, abgesehen von Anderem die Unrichtigkeit der *Puchta'schen* Meinung schon aus dem inneren Zusammenhange der l. 11 §. 1—4 cit. und überdies spricht ein positives Argument in Gestalt der l. 7 §. 2 de her. pet. 5. 3 dagegen, indem durch diese Stelle erwiesen wird, daß bei Klagen in rem eine Theilung der Entstehungsgründe mittelst eines Vorbehaltes möglich war. Vergl. *Savigny*, *System*, VI. 17. Beil. S. 514—535, *Bekker*, die processualische Consumtion im classischen römischen Recht, Berlin 1853, §. 19, S. 248 f., *Brinz* I. S. 157 f., *Rudorff* in der Anm. zu *Puchta's* Vorlesungen, a. a. O. S. 478 f., *Keller*, *Civilproceß* §. 73, Text zu Note 857, *B. Holtweg* II. §. 90, S. 239 f.

cesses nicht geeignet sei, den Erwerb der Einrede zu begründen.

Andere Stellen aber lassen sich durch das Gefagte in befriedigender Weise nicht erklären; so zunächst l. 1 C. h. t.

[Imp. Severus et Antoninus.] Cum post motam et omissam quaestionem res ad nova dominia bona fide transierint et exinde novi viginti anni intercesserint sine interpellatione, non est inquietanda, quae nunc possidet, persona: quae sicut accessione prioris domini non utitur, qui est inquietatus, ita nec impedienda est, quod ei mota controversia sit. Quodsi prior possessor inquietatus est: etsi postea per longum tempus sine aliqua interpellatione in possessione remansit, tamen non potest uti longi temporis praescriptione, quod etiam in re publica servari oportet.

Der hier ausgesprochene Satz, daß sich der ein Mal vor Ablauf des longum tempus belangte Besitzer der Einrede des langjährigen Besitzes nie mehr bedienen könne, erscheint lediglich als eine Wirkung der Litiscontestation, wenn man annimmt, der Schluß vorstehender Stelle handle von der Wiederaufnahme eines liegen gebliebenen Processes, was dadurch gerechtfertigt wird, daß ausdrücklich eine lis omissa vorausgesetzt wird⁴⁴). Die Kaiser wollten sonach nur sagen, daß die Berufung auf eine während des Stillstandes des Processes vollendete l. t. possessio unstatthaft sei⁴⁵). Bekam während dieser Zeit ein Anderer auf Grund eines Titels und in gutem Glauben die streitige Sache, so

44) Vergl. *Arndts* §. 163 Anm. 2, gegen *Windscheid* §. 180 Anm. 7.

45) Für diesen Satz ist es ganz gleichgültig, ob man annimmt, die Klage sei im Wege des ordentlichen oder im Wege des außerordentlichen Verfahrens verhandelt worden; nur ist in ersterem Falle vorauszusetzen, daß der Beklagte die Einfügung der l. t. exceptio in die formula veranlaßt hatte, während es bei der extraordinaria cognitio zulässig war, peremptorische Einreden bis zum Endurtheile — ja sogar noch in der Appellationsinstanz — vorzuschützen. Vergl. *B. Holtweg* III. §. 154, N. 25, S. 26².

erwarb er durch zehn- oder zwanzigjährigen Besitz die *exceptio longi temporis*. Dagegen konnte er sich den Besitz seines Auctors nicht zurechnen. Diese letztere Bestimmung steht im Widerspruche mit dem Satze, daß bei der l. t. *praescriptio* ganz allgemein *accessio possessionis* stattfand⁴⁶⁾, und läßt sich durch die Wirkungen der *Litiscontestatio* an sich nicht erklären. Wenn aber gleichwohl letzterer die Wirkung zukommt, daß der Besitz dadurch ein der *Accession* unfähiger wird, während doch gewiß ist, daß bei dem *Präscriptionsbesitze* *Accession* stattfindet, so muß behauptet werden, daß der Besitz, in Bezug auf welchen die *rei vindicatio* angestellt worden ist, eben kein *Präscriptionsbesitz* mehr ist, daß also die l. t. *praescriptio* nach dem Rechte der hier fraglichen Constitution nicht bloß einen durch Titel und guten Glauben qualificirten Besitz, sondern auch die Nichtanstellung der *Eigenthumsklage* erfordert.

Die Richtigkeit dieser Folgerung wird erwiesen durch die nächste Stelle desselben Titels, welche die l. t. *praescriptio* nur denjenigen einräumt, welche einen durch Erhebung des *Eigenthumstreites* nicht unterbrochenen Besitz innehatten.

l. 2. [Impp. Dioclet. et Maxim.] *Longi temporis praescriptio his, qui bona fide coeptam possessionem et continuatam nec interruptam inquietudine litis tulerunt, solet patrocinari* [286].

In demselben Sinne ist nach l. 4 C. *quibus non obicitur l. t. praescr. 7. 35* eine *possessio*, quae *inconcussa sine controversia perseveravit*, erforderlich, damit die der *Eigenthumsklage* entgegengestellte *praescriptio* rechtliche Wirkung haben könne.

Meinem Vermuthen nach liegt der Grund dieses an sich vollkommen klaren Rechtsatzes in der Billigkeit. Gewiß ist es, daß zufolge der Natur der *Litiscontestatio* der vor Ablauf des *longum tempus* belangte Besitzer nie mehr

46) Vergl. l. 76 §. 1 de contr. emt. 18. 1. — Unterholzner I. §. 132, S. 464 f., Vangerow I. §. 322, S. 609.

dieser Eigenthumsklage gegenüber die l. t. praescriptio vorschützen konnte. Dieser Satz mußte den Eigenthümer in allen jenen Fällen vor Verluſt seines Rechtes bewahren, wo er im Wege nur eines Processus zur Anerkennung des-
selben gelangte, nicht aber dann, wenn er, vielleicht mit gutem Grunde⁴⁷⁾, die erste Klage auf einen bestimmten Erwerbsgrund beschränkt hatte und mit derselben abgewiesen, eine zweite Vindication nach Ablauf des longum tempus anstellte. Und doch war es auch hier derselbe Anspruch, dasselbe Eigenthum, das in Frage stand, also materiell gar kein Grund vorhanden, diesen Fall anders als den vorher erwähnten zu behandeln. Die Erkenntniß der inneren Gleichartigkeit beider Fälle mochte es daher gewesen sein, die dazu bestimmt hat, der einmal vor Ablauf des longum tempus erfolgten Litiscontestation schlechthin die Wirkung beizulegen, daß dadurch der Erwerb der Einrede für den beklagten Besitzer auch einer späteren Eigenthumsklage gegenüber ausgeschlossen wurde.

Sei dem auch, wie ihm wolle, jedenfalls ist in der Anerkennung des besprochenen Rechtsatzes ein neues Erforderniß für die l. t. praescriptio aufgestellt. Nach der Ausdrucksweise der Quellen scheint damit nur eine besondere Eigenschaft des Besitzes selbst gemeint zu sein. Sie sprechen, wie wir gehört haben, von einer possessio inconcussa, einer possessio non interrupta inquietudine litis; in der That aber liegt dieses Erforderniß nicht auf Seiten des Besitzers, sondern auf Seiten des Eigenthümers. Während früher der Beklagte die Eigenthumsklage lediglich auf Grund lang-jährigen Usucapionsbesitzes abwies, wendet er jetzt, indem er die l. t. praescriptio vorschützt, dem Kläger, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch der Sache nach ein, letzterer habe, während er sich im Besitze befunden, Klage gegen ihn nicht angestellt. Es liegt sonach in den angezogenen Stellen schon der Keim des Gedankens, der in der Theodo-

47) Vergl. *Savigny*, System VI. S. 520 f.

fianischen Gesetzgebung endlich zum siegreichen Durchbruche gelangt ist: daß es die andauernde Unthätigkeit — das silentium — des Klägers ist, welche für ihn den Verlust seines Klagerechts zur Folge hat.

Daß er noch nicht zum bewußten Ausdrucke gelangt ist, erklärt sich daraus, daß man an dem Grundgedanken, die l. t. praescriptio sei ein Erwerb per continuationem possessionis und somit eine Ersitzung, festhielt. In dieser Anschauung befangen sprechen die Quellen von einem durch Klageanstellung unterbrochenen Besitze, während in der That nicht der Besitz, sondern das stillschweigend vorausgesetzte silentium auf Seiten des Klägers unterbrochen wurde.

Charakteristisch für diese römische Anschauungsweise ist die schwierige l. 10 C. de acq. vel am. poss. 7. 32, die meines Erachtens nur dadurch einen vernünftigen Sinn bekommen kann, daß man sie mit dem Rechte der l. t. praescriptio in Verbindung bringt⁴⁸⁾.

[Constantinus ad Maternum] Nemo ambigit, possessionis duplicem esse rationem: aliam, [quae iure consistit, aliam quae corpore: utramque autem ita demum esse legitimam, cum omnium adversariorum silentio ac taciturnitate firmetur: interpellatione vero et controversia progressa, non posse eum intelligi possessorem, qui licet possessionem corpore teneat, tamen ex interposita contestatione et causa in iudicium deducta super iure possessionis vacillet ac dubitet [314].

Wie die Inschrift derselben ergibt, handelt es sich um ein Rescript an einen gewissen Maternus. Dieser mochte beim Kaiser angefragt haben, ob ihn nicht rechtmäßig erlangter, während des longum tempus innegehabter Besitz

48) Kierulff S. 284 Anm. bezieht sie auf einen Streit, wer Besitzer der Sache sei. Diese Deutung ist mit Recht vereinzelt geblieben; ihr widerspricht die ganze Haltung der Stelle. Dieselbe auf die alte usucapio zu beziehen, ist deswegen unzulässig, weil hier auf die taciturnitas der Gegner, wie §. 2 gezeigt hat, überhaupt kein Gewicht gelegt wurde.

gegen die Eigenthumsklage schütze, und allenfalls beigelegt haben, daß er früher allerdings einmal mit dieser Klage belangt worden sei. Der Kaiser antwortet: Darüber sei Niemand in Zweifel, daß der Besitz — nämlich der hier in Frage stehende — eine doppelte Beziehung habe: die eine, in den thatsächlichen Voraussetzungen desselben beruhend, die andere, welche im Rechte, d. h. dem Rechtstitel für den Besitz, begründet ist. Allein der Besitz in diesen beiden Beziehungen sei doch nur dann ein gesetzlich anerkannter, d. h. vom Rechte mit der Wirkung des Erwerbes der l. t. praescriptio ausgestattet, wenn er gefestigt werde durch das Schweigen aller Gegner; denn wenn einmal eine Klage erhoben und es zum Streite gekommen sei, so könne man den nicht als Besitzer betrachten (wiewohl er es selbstverständlich ist), welcher, obgleich er die Sache in Händen hat, doch über seine Berechtigung zum Besitze⁴⁹⁾ zufolge des Proceßbeginnes im Zweifel ist. — Es tritt uns also auch in dieser Stelle, die genau genommen nur den Gedanken der drei zuletzt besprochenen Stellen zum Ausdrucke bringt, die Anschauung entgegen, daß der Besitz selber in Folge der Klageanstellung nun nicht mehr als qualificirt erscheine, die Einrede zu begründen. Die eigenthümliche und jedenfalls nicht zutreffende Begründung dieses Satzes aus der subjectiven Innerlichkeit des Besitzers heraus⁵⁰⁾ dürfte auf einer Verkennung der historischen Entwicklung desselben beruhen.

Wenn auch die bisher berücksichtigten Stellen vorwiegend den Besitz des Beklagten betont haben, so hat doch die römische Jurisprudenz die selbständige Bedeutung des zweiten Momentes gleichfalls gewürdigt. Das tritt insbesondere darin hervor, daß unsere Einrede geradezu eine

49) Daß hier der Ausdruck *ius possessionis* im Sinne von *ius possidendi* gebraucht ist, erkennt auch *Savigny* an. Siehe das Recht des Besitzes, 7. Aufl., S. 44 in der Anm. zu S. 43.

50) Vergl. *Ihering*, Geist des römischen Rechts, 2. Aufl. II. 2, §. 43, Note 593, S. 415.

diuturni silentii praescriptio genannt wird⁵¹⁾, welcher Ausdruck lediglich auf die klägerischerseits geforderte Unthätigkeit gerichtet ist. Wollte man daher das Wesen derselben erschöpfend bezeichnen, so müßte man sie eine praescriptio longae possessionis et diuturni silentii nennen.

Am Schlusse dieses Abschnittes ist noch der Frage zu gedenken, wann nach dem Rechte der hier erörterten Constitutionen die unterbrechende Wirkung der Proceßerhebung eintrat. Während mehrere der einschlägigen Bestimmungen sich unbestimmt verhalten⁵²⁾, nennen andere⁵³⁾ die Litiscontestation als den dafür entscheidenden Act. Wollte man auch annehmen, l. 26 C. de rei vind. knüpfe nur aus Anlaß des etwa zur kaiserlichen Entscheidung vorliegenden Falles an die Litiscontestation diese Wirkung, so läßt l. 10 C. de poss. doch keinen Zweifel darüber aufkommen, daß von diesem Zeitpunkte an die Unterbrechung eintrete⁵⁴⁾. Dem entgegen soll nach l. 1 und l. 10 C. h. t. die mota controversia die l. t. praescriptio unterbrechen. Daß aber unter diesem Ausdrucke im technischen Sinne die Mittheilung der Klage an den Beklagten zu verstehen ist, erhellt deutlich aus l. 25 §. 7 de her. pet. 5. 3. Wenn es nun auch nicht unwahrscheinlich ist, daß in l. 1 cit. die fraglichen Worte nur in der allgemeinen Bedeutung der Streiterhebung gebraucht sind, so will es mir doch scheinen, als ob diese für l. 10 eod. ausgeschlossen bleiben müsse. Die sonach vorhandene Antinomie dürfte sich vielleicht so erklären, daß man mit der Aufhebung des ordo iudiciorum darüber in's Schwanken gerieth, mit welchem Augenblicke fortan die Klage als angestellt zu erachten sei, sich aber später ent-

51) l. 1. C. de commun. rerum alienatione 4. 52, vergl. außerdem l. 5 C. h. t. — silentii longi temporis praescriptione repelli — und l. 1 C. si adversus creditorem 7. 36. Diuturnum silentium longi temporis praescriptione corroboratum —.

52) l. 2 C. h. t. und l. 4 C. quibus non obiic. 7. 35.

53) l. 26 C. de rei vind. 3. 32, l. 10 C. de poss. 7. 32, l. 2 C. ubi in rem actio 3. 19.

54) Vergl. insbesondere die Schlufsworte der oben abgedruckten Stelle.

schieden für den Zeitpunkt aussprach, wo der Beklagte sich auf die klägerischen Rechtsbehauptungen eingelassen hatte, und somit der Litiscontestation in ihrer materiellen Bedeutung die unterbrechende Wirkung beilegte⁵⁵⁾. Dafs es wirklich diese Meinung ist, die zur Anerkennung gelangte, das bezeugt aufer der l. 10 C. de poss. insbesondere die aus dem Jahre 331 datirende l. 2. C. ubi in rem actio 3. 19, indem hier im Falle des Ungehorsams des benannten Besitzers behufs Unterbrechung der l. t. praescriptio gerade die Litiscontestation, als im Momente der Ladung des Beklagten geschehen, fingirt wird⁵⁶⁾.

§. 4.

Das Justinianische Recht.

Unzweifelhaft ist, dafs im Justinianischen Rechte sich die l. t. praescriptio als eine Ersitzung in dem Sinne darstellt, dafs sie gleich der usucapio den Erwerb des Eigenthumes selbst zur Folge hat; zweifelhaft dagegen und bestritten ist, ob sie diesen Charakter nicht schon früher⁵⁷⁾ erhalten hat.

Die hier in Betracht kommende Stelle ist l. 8. pr. C. de praescr. XXX. ann. 7. 39. aus dem Jahre 528:

Si quis emtionis vel donationis vel alterius cuiuscunque contractus titulo rem aliquam bona fide per decem vel viginti annos possederit, et longi temporis exceptionem contra dominos eius vel creditores hypothecam eius praetendentes sibi acquisierit, posteaque

55) Dafür erklärt sich auch eine zweit- und drittinstanzielle Entscheidung in Seuffert's Archiv VIII. Nr. 233.

56) Vergl. l. 2 C. cit. in den Worten: — tamquam lite, quae ei ingeritur, ex eo die, quo possessor ad iudicium vocatus est, ad interrompendam longi temporis praescriptionem, contestata —.

57) Dafür entscheiden sich *Hameaux* S. 25 Note 55, *May* S. 6 Note 11 u. *Puchta* Institutionen §. 240 Note f. S. 668; dagegen *Unterholzner* u. *Arndts*; vergl. die Note 60.

fortuito casu possessionem eius rei perdiderit, posse eum etiam actionem ad vindicandam eandem rem habere sancimus. Hoc enim et veteres leges, si quis eas recte inspexerit, sanciebant.

Hier ist klar und deutlich ausgesprochen, daß derjenige, der eine l. t. exceptio erworben hatte, nunmehr auch eine actio ad vindicandam rem haben solle, und beigefügt, daselbe haben schon die alten Gesetze bestimmt, wenn sie Jemand genau betrachte. Daß unter der actio ad vindicandam rem nur die rei vindicatio zu verstehen sei, ist wohl nicht zu bezweifeln. Es ist nun auf Grund der angeführten Worte behauptet worden, es sei schon lange vor Justinian — seit Hadrians Zeiten ⁵⁸⁾ — dem Präscribenten eine utilis rei vindicatio gegeben worden. Allein, wenn diese Ansicht begründet wäre, so würde einmal in der angezogenen Constitution gar keine Neuerung liegen, die doch nach den Worten »posse eum etiam ad vindicandam eandem rem habere sancimus« anzunehmen ist, und ferner wäre der erwähnte Zusatz in seiner eigenthümlichen Fassung durchaus nicht erklärt. Wenn dem Präscribenten schon lange vorher eine dingliche Klage, wie nach l. 8 pr. cit. gegeben war, was bedurfte es dann erst einer genauen Betrachtung der sie gewährenden Gesetze? Die Worte »si quis eas recte inspexerit« enthalten doch einen deutlichen Fingerzeig dafür, daß die dingliche Wirkung im Sinne der alten Gesetze

58) Dafür, wie überhaupt für die im Texte mißbilligte Ansicht spricht als einzig greifbares Argument l. 18. §. 1. D. de iurei. 12. 2 (Ulpianus l. XXII. ad edictum) Julianus ait eum, qui iuravit, fundum suum esse, post longi temporis praescriptionem etiam utilem actionem habere debere. Daß unter der utilis actio eine dingliche Klage zu verstehen sei, ist wohl unbestreitbar. Diese Schwierigkeit läßt sich nicht durch die gekünstelte und innerlich unwahrscheinliche Meinung Unterholzners (II. S. 80. 81) beseitigen, daß diese dingliche Klage lediglich gegen den besitzenden Deferenten gerichtet war, der sich dagegen nicht durch die l. t. exceptio schützen könne. Weit aus wahrscheinlicher ist es, daß Julian das hier erwähnte ius iurandum als einen Titel für die alte usucapio anerkannt habe, daß aber die Compiler die Stelle, weil sie von einem fundus handelte, interpolirt haben.

nicht unmittelbar durch eine Klage anerkannt war. Will man den fraglichen Worten vollkommen gerecht werden, so wird man nicht umhin können, anzunehmen, daß die Bestimmung Justinians zwar materiell keine Aenderung bewirkte, daß man also vor, wie nach die abhanden gekommene Sache, die man während langer Zeit innegehabt hatte, im Rechtswege dem Besitzer abverlangen konnte, daß aber die formal juristische Behandlung fortan eine andere war, indem man dasselbe, was man nunmehr unmittelbar durch Vindication, früher indirect durch eine replicatio erreichte. Jedenfalls hatte derjenige, welcher eine l. t. praescriptio erworben und des Sachbesitzes verlustig geworden war, die actio Publiciana⁵⁹⁾ als wirksame Klage gegen jeden Besitzer, soweit dieser nicht die Einrede besseren Rechtes an der Sache vorzuschützen in der Lage war. Dieser gegenüber aber konnte sich der Kläger mittelst einer replicatio auf den Ablauf des longum tempus stützen und dieser Einwand mußte ebenso wie die Vindication die Verurtheilung des Beklagten herbeiführen. In dieser indirecten Weise gewährte die l. t. praescriptio in der That alle Vortheile einer eigentlichen Ersitzung⁶⁰⁾.

Wenn sonach dem praktischen Erfolge nach die von Justinian eingeführte Aenderung ohne Belang war, so war damit doch, so harmlos auch die angeführten Worte der Constitution klingen mögen, für die juristische Betrachtung ein wichtiger Unterschied gegen das bisher bestehende Recht gegeben.

Mit der Erwerbung der Eigenthumsklage hatte der Präscribent nothwendig, auch das Eigenthum an der lange Zeit beßenen Sache erworben, der bisherige Eigenthümer

59) Vergl. l. 12. §. 2 de Publ. act. 6. 2 und Unterholzner II. S. 79. Note 573 c).

60) Diese Ansicht ist näher ausgeführt bei *Unterholzner* II. §. 174. S. 80. 81. Note 574; ihr tritt bei *Arndts* §. 157, Text zu Note c, S. 244, welcher an dieser Stelle (Text zu Note b) die l. t. praescriptio sehr bezeichnend »eine Art von indirecter Ersitzung« nennt.

daselbe somit verloren. Wenn das aber richtig ist, so folgt weiter, daß die *praescriptio* in der Bedeutung eines, das an sich begründete Klagrecht elidirenden Gegenrechtes zu bestehen aufgehört hatte und eine eigentliche Erfitzung des Eigenthumes geworden war. Allerdings stehen dieser Ausführung die Worte der Constitution selbst entgegen. Danach möchte es scheinen, als habe die Eigenthumsklage mit der *praescriptio l. t.* concurrirt. Justinian sagt ja ausdrücklich, derjenige, welcher eine *l. t. praescriptio* gegen die Eigenthümer oder die Pfandgläubiger erworben habe, könne nach Verlust der Sache dieselbe auch vindiciren. Allein dieser Widerspruch kann an dem Wesen der Sache doch nichts ändern und dürfte zudem nur ein scheinbarer sein. Nach wie vor mochte der im Besitze befindliche Beklagte der Klage gegenüber in der Form einer Einrede die Behauptung langjährigen und qualificirten Besitzes entgegensetzen, aber die Bedeutung dieser Einwendung war seit der *l. 8. cit.* eine ganz andere als vorher. Während früher dadurch das klägerische Recht durchaus nicht abgesprochen wurde, ist sie jetzt ihrem inneren Wesen nach nur eine motivirte Verneinung des Klagrechtes selber. Die Ausdrucksweise Justinians aber erklärt sich einfach dadurch, daß er auf die in unserer Theorie aufgestellte und in der Natur der Sache auch begründete Scheidung der Einrederechte von jenen Einwendungen, die im Grunde nur Verneinungen des Klagrechtes sind, kein Gewicht legte und er dieselben lediglich in ihrer prozeßualen Bedeutung auffaßte. Daß sich das so verhielt, zeigt deutlich *l. 30. C. de iure dot. 5. 12*, in welcher er von der *temporalis exceptio per usucapionem inducta* spricht, was den classischen Juristen gewiß nie in den Sinn gekommen wäre ⁶¹⁾.

61) Mit dieser Ausführung stimmt im Wesentlichen Bethmann-Hollweg (III. S. 154 f.) überein, der a. a. O. treffend nachweist, wie das Justinianische Recht dazu gelangte, den Ausdruck *exceptio* auf Fälle der *ipso iure* vorhandenen Nichtigkeit des in der Klage behaupteten Rechtes anzuwenden und hiefür als Beispiel u. A. auch die Eigenthumerfitzung (vergl. Text zu Note 17) anführt.

Ein weiteres, für die Erfitzungslehre höchst wichtiges Gesetz ist die l. un. C. de usucapione transformanda 7. 31. aus dem Jahre 531. Man war auf Grund derselben vielfach bestrebt die uns beschäftigende Frage zu entscheiden, theils indem man daraus zu folgern suchte, daß für die Erfitzung des Justinian'schen Rechtes der Charakter der usucapio ⁶²⁾ oder jener der l. t. praescriptio ⁶³⁾ maßgebend sein müsse, theils auch, indem man die Fortdauer beider Institute als Regel hinstellte ⁶⁴⁾ und dem entsprechend bald den Fortlauf, bald die Unterbrechung oder endlich, je nachdem im einzelnen Falle eine usucapio oder eine l. t. praescriptio in Frage sei, das Eine oder das Andere als die Folge der Anfechtung der Eigenthumsklage behauptete.

Mit Recht haben sich in der neueren Zeit gewichtige Stimmen gegen eine solche Auslegung erklärt ⁶⁵⁾. In der That enthält das Gesetz außer den beiden allgemeinen Regeln über die bona fides und die accessio possessionis, sowie die Bestimmung der Aufhebung des Unterschiedes zwischen res mancipi und res nec mancipi, nur eine Ausgleichung der bis dahin geltenden verschiedenen Erfitzungsfristen. Dabei geht der Gesetzgeber offenbar von dem Gedanken aus, daß die beiden Institute, welche der Justinian'schen Erfitzung zum Grunde liegen, im Uebrigen gleiche seien und glaubt sonach in seiner Constitution ein einheitliches Institut geschaffen zu haben, wie aus den Schlussworten derselben (ut sit rebus et locis omnibus similis ordo inutilibus ambiguitatibus et differentiis sublatis) deutlich hervorgeht. Wenn sich aber gleich wohl noch Verschiedenheiten in unseren Quellen finden sollten, so fragt es sich, woran man sich zu halten hat. Ich glaube man wird sich

62) Savigny VI. S. 57—60, Vangerow I. §. 316 Anm. S. 580 f., Unterholzner II. §. 178 S. 87—96, Karl Sell, Römische Lehre der dinglichen Rechte S. 126. 127 u. Anm. zu S. 127.

63) Donellus, comm. iuris civ. l. V. c. 4, Schmid §. 14 Note 3 S. 186—188.

64) Hameaux, die usucapio u. l. t. praescriptio.

65) Arndts §. 157 Anm. 6, S. 247, Brinz §. 57, S. 207.

nach der Absicht des Gesetzgebers, ein einheitliches Institut zu schaffen, für die eine oder die andere Bestimmung unter Würdigung aller Umstände zu entscheiden haben, ohne principiell dem Rechte der *usucapio* oder jenem der *l. t. praescriptio* den Vorzug geben zu können. Sollten sich dabei Eigenthümlichkeiten der letzteren finden, die lediglich auf ihrer früheren Eigenschaft einer *exceptio* beruhen, so wird man besser thun, davon Umgang zu nehmen, da das neue Institut doch Erfitzung sein sollte (pr. J. de *usuc.* 2. 6)⁶⁶). Dagegen wird der Meinung⁶⁷) nicht beizupflichten sein, die für den Fall einer Verschiedenheit der Rechtsbestimmungen für die unbeweglichen Sachen das Recht der *praescriptio*, für die beweglichen jenes der *usucapio* angewendet wissen will. Der Umstand, daß in der *Compilation* das Wort *usucapio*, wo es sich um die Erfitzung unbeweglicher Sachen handelt, durchgängig durch den Ausdruck *longo tempore capio* und ähnliche ersetzt worden ist, kann eine solche Scheidung nicht rechtfertigen, weil er sich dadurch vollkommen befriedigend erklärt, daß seit dem Jahre 528 eine wahre Erfitzung unbeweglicher Sachen durch zehn und zwanzigjährigen Besitz unter dem Namen einer *praescriptio l. t.* existirte und sich so mit diesem Ausdrücke die Vorstellung einer lange Zeit dauernden Erfitzung im Gegensatz zu der alten *usucapio* verknüpfte. Es ist daher ganz natürlich, daß Justinian, nachdem er durch die *l. un. cit.* im Jahre 531 dieselben Fristen auf die Erfitzung italischer Grundstücke erstreckt hatte, auch für deren Bezeichnung denselben Ausdruck gebrauchte, zumal seiner Meinung nach ein Unterschied zwischen beiden Instituten nicht obwaltete.

Bieten nach dem Gefagten die das Recht der Erfitzung abschließenden Gesetze keine sichere Grundlage für die Entscheidung unserer Frage und ist es ferner gewiß, daß auch anderweitige Gesetze Justinians dieselbe nicht zum

66) Vergl. *Brinz* I. §. 57 a. E. S. 207.

67) *Arndts* §. 157. Text zu Note 6, S. 245.

Austrage bringen ⁶⁸⁾, so bleibt nichts Anderes übrig, als nach inneren Gründen zu forschen, die für die Anwendbarkeit oder Nichtanwendbarkeit des Begriffes der Unterbrechung sprechen. Dafs die Erfitzung durch Anstellung der Eigenthumsklage nicht unterbrochen zu werden braucht, ist an und für sich klar und für das Justinianische Recht ebenso wenig in Abrede zu stellen, wie für das Recht der alten usucapio. Es kann daher nur in Frage kommen, ob eine Unterbrechung, wie sie bei der l. t. praescriptio vorkam, auch auf die Justinian'sche Erfitzung Anwendung finden *könne*, und ob sie, falls diese Frage zu bejahen sein sollte, trotz der entgegenstehenden Bestimmungen über die usucapio auch Anwendung finden *solle*,

Vergegenwärtigen wir uns zunächst, in welcher Weise die Unterbrechung der l. t. praescriptio wirken mußte zu einer Zeit, in welcher dieses Institut sich noch als Erwerb einer Einrede darstellte.

Dabei werden wir von dem Gedanken auszugehen haben, dafs es bei Anstellung der Eigenthumsklage noch ungewifs ist, ob der Kläger auch wirklich, wie er behauptet, Eigenthümer ist. Es mußte ihm daher zunächst obliegen, den Beweis seines Eigenthumes zu führen; war dieser erbracht, so hatte nun der Beklagte seinerseits zu beweisen, dafs er die Sache lange Zeit im Präscriptionsbesitze innegehabt hatte. Das Gelingen dieses Beweises mußte die Abweisung der Klage nothwendig zur Folge haben, sofern der Kläger nicht die Störung des beklaglichen Besitzes durch frühere Klageanstellung zu erweisen vermochte.

Waren dagegen die erforderlichen zehn oder zwanzig Jahre nicht abgelaufen, so konnte es nur darauf ankommen, dafs der Kläger den Beweis des Eigenthums erbrachte. Auch konnte er, wenn er etwa den Prozeß liegen liefs, ihn später jederzeit — soweit nicht etwa die alte Prozeßverjährung Anwendung fand ⁶⁹⁾ — wiederaufnehmen, oder

68) Ueber l. 2 C. de annal. exc. 7. 40 vergl. weiter unten Seite 41 Note 78.

69) Gai. IV. 104. 105. — Keller, Litiscontestatio §. 15, S. 130 ff.

auch, wofern ihm nicht *exceptio rei in iudicium deductae* entgegenstand, eine zweite Klage anstellen, ohne die *exceptio l. t.* fürchten zu müssen. Trat ein Anderer als *Vindicant* auf, ohne Rechtsnachfolger des ersten zu sein, so konnte er sich natürlich auf die früher erfolgte Klageanstellung nicht berufen, weil deren unterbrechende Wirkung nur dann eingetreten sein konnte, wenn der Kläger auch Eigenthümer der vindicirten Sache war. War aber der erste Kläger wirklich Eigenthümer, so konnte es der zweite nicht sein, weil ein Eigenthumserwerb außer im Wege der Rechtsnachfolge, so lange der Präscribent im Besitze war, nicht möglich war, und sonach die Berufung auf die unterbrechende Wirkung der früheren Klageanstellung der eigenen Klage das Fundament entzogen haben würde.

Zu dem gleichen Resultate gelangen wir auch, wenn wir uns auf den idealen, praktisch aber werthlosen Standpunkt stellen, daß nur der Eigenthümer Klage gegen den Präscribenten erheben könne. Die durch seine Klageanstellung bewirkte Unterbrechung der *l. t. possessio*, konnte nur zu seinen Gunsten und zu Gunsten seiner Rechtsnachfolger wirken, weil Dritte Eigenthum nicht erwerben und somit auch die Eigenthumsklage nicht anstellen konnten.

Daraus erhellt, daß die Unterbrechung durch *Litiscontestatio* ihrer Natur nach nur eine relative, auf die Person des Klägers beschränkte sein konnte und wenn das in den im §. 3 erörterten Gesetzen nicht hervortritt, wenn schlechthin von einer *possessio interrupta* u. f. w. gesprochen wird, so ist dabei vorauszusetzen, es sei der Eigenthümer gewesen, der Klage gegen den Besitzer erhoben hatte.

Von einer über die Person des Klägers hinausreichenden Wirkung der Unterbrechung kann überhaupt erst dann die Rede sein, wenn wir die *longi temporis possessio* in der Form einer *replicatio* vorgeschützt denken. Ein Anlaß dazu konnte dadurch gegeben werden, daß ein Dritter, nachdem der mit der *rei vindicatio* belangte Präscribent nach Umlauf des *longum tempus* seinen Besitz verloren hatte, die Sache auf Grund irgend eines Titels erworben hatte. Hier konnte

die Frage entstehen, ob der von früheren Präscribenten beklagte Besitzer sich der *replicatio longi temporis* gegenüber nicht auf die gegen den ersteren erfolgte Klagenanstellung berufen könne, indem er nachwies, der frühere Kläger sei wirklich Eigenthümer gewesen. Hält man aber an dem Fundamentalsatze fest, daß prozeßuale Handlungen nur für und gegen die Betheiligten wirken können, so wird eine solche Berufung in Abrede zu stellen sein.

Prüfen wir nunmehr, auf diese Betrachtung gestützt, die Frage, in welchem Sinne überhaupt eine Unterbrechung der l. t. *praescriptio*, nachdem sie durch Justinian's Bestimmung in eine wahre Ersitzung umgewandelt war, angenommen werden kann.

Am Nächsten läge es auch hier zu sagen, die Unterbrechung der Ersitzung könne nur eine relative, d. h. nur zu Gunsten des Klägers wirkende zu sein. Allein einer solchen Annahme stehen die gewichtigsten Bedenken entgegen. Nehmen wir den Fall an, der wahre Eigenthümer habe die Klage angestellt, so würde ihm gegenüber Seitens des Besitzers Eigenthum durch Ersitzung nicht erworben, allen andern Personen aber gegenüber würde der *Ufucapient* nach Ablauf der gesetzlichen Zeit als Eigenthümer gelten. Es wäre letzterer in der That in der Lage, wenn ihm etwa der Besitz der Sache abhanden gekommen wäre, gegen jeden Besitzer mit Ausnahme des Eigenthümers die *Vindication* anzustellen. Das unabweisbare Resultat einer relativen Wirkung der Unterbrechung der Ersitzung ist folgeweise ein relatives Eigenthum neben einem absoluten und somit ein offener Widerspruch gegen den Satz: *duorum in solidum dominium esse non potest* ⁷⁰⁾.

Eine solche Wirkung der Unterbrechung konnte der Gesetzgeber aber vernünftiger Weise gar nicht beabsichtigt haben ⁷¹⁾.

70) l. 5 §. 15 *commod.* 13. 6.

71) Dagegen läßt sich nicht einwenden, daß auch durch das richterliche Urtheil eine Art von *Duplicität* des Eigenthums geschaffen werde,

Es ist daher nicht zu verwundern, wenn man — ohne gerade die vorbezeichnete Consequenz auszusprechen — sich dafür entschieden hat, daß die Wirkung der Unterbrechung der Ersitzung eine absolute sein müsse, indem man behauptete, die Ersitzung werde nicht bloß zu Gunsten des Klägers selbst, sondern zu Gunsten aller Personen, die überhaupt in die Lage kämen, sich darauf zu berufen, unterbrochen; dabei aber voraussetzte, daß der Kläger der wahre Eigenthümer sei ⁷²⁾. Indessen ist auch diese Meinung nicht zu billigen, indem sie mit den erwähnten Satze, daß prozeßuale Handlungen nur inter partes wirken, unvereinbar ist. Ueberdies ist ihr gegenüber mit vollem Rechte der Einwand erhoben worden, sie führe »zu höchst unangemessenen Resultaten«. Angenommen, der Eigenthümer habe die Klage gegen den Ersitzenden erhoben, den Prozeß aber später — etwa weil es ihm zu umständlich war sein Recht weiter zu verfolgen — wieder fallen lassen; soll es nun einem Dritten, der nach Ablauf der Ersitzungszeit und nachdem der Usucapient den Besitz verloren hatte, die Sache auf Grund eines Rechtsgeschäftes in gutem Glauben erworben hatte, gestattet sein, sich auf die durch die Klageanstellung erfolgte Unterbrechung zu berufen, indem er beweist, der Kläger sei damals wirklich Eigenthümer gewesen ⁷³⁾? Einer der Vertreter der von uns mißbilligten Ansicht ⁷⁴⁾ nimmt keinen Anstand diese Frage zu bejahen. Daran möchte ich die weitere Frage anschließen, ob er es auch für den Fall thun wolle, wenn es im ersten Prozesse zu einem den Kläger abweisenden Erkenntnisse gekommen ist und der Dritte

da ja einem Nichteigenthümer durch Urtheil das Eigenthum zuerkannt werden könne und derselbe dadurch seinem Prozeßgegner — möglicher Weise selbst dem wahren Eigenthümer — gegenüber die Rechtsstellung eines Eigenthümers erlange, denn das Urtheil hat lediglich declaratorische, nicht aber, wie die Ersitzung, constitutive Bedeutung.

72) *Wächter* S. 101, *Stephan* S. 182, *Schmid* I §. 14, Note 192, S. 256 ff., *Windscheid* §. 180 Text zu Note 7, sowie die Noten 7 u. 8.

73) Vergl. *Arndts* §. 163, Anm. 2 a. E.

74) *Windscheid* §. 180, Note 8 a. E.

behaupten wollte, ersterer sei gleichwohl der wahre Eigenthümer gewesen, der Verlust des Processes sei lediglich eine Folge seiner mangelhaften Prozeßführung oder einer fehlerhaften richterlichen Entscheidung. Consequent wäre auch diese Frage zu bejahen. Dafs aber dieses Resultat allem natürlichen Rechtsgeföhle zuwider läuft, liegt auf der Hand. Wie soll einem Dritten eine prozeßuale Handlung, die für ihn doch an sich *res inter alios acta* ist, zu Statten kommen, obwohl derjenige der sie vorgenommen hat, den daraus entspringenden Vortheil sich nicht zu Nutze machen will oder nicht zu Nutze machen kann?

Das Ergebnifs vorstehender Erwägungen ist sonach, dafs eine relative Wirkung der Unterbrechung mit dem Begriff der Ersitzung als Erwerb eines absoluten Rechtes unvereinbar ist, eine absolute aber dem Satze, dafs prozeßuale Acte nur *inter partes* wirken, widerstrebt, zudem zu unannehmbaren Ergebnissen führt.

Gleichwohl — könnte man uns entgegenhalten — sprechen die in §. 3 einläßlich behandelten Stellen von einer Unterbrechung (*interruptio*) in Anwendung auf die *l. t. praescriptio*, allein dieselben dürften, wenn man sie vom Standpunkt des geltenden Rechtes aus betrachtet, sämmtlich auf den schon oben erwähnten Gesichtspunkt zurückzuführen sein, dafs vermöge der, das Rechtsverhältnifs der Parteien fixirenden Bedeutung der *Litiscontestation* für das richterliche Urtheil nur die bis dahin abgelaufene Ersitzungszeit in Frage kommen könne, m. a. W. dafs nur die vor dem genannten Zeitpunkte schon vollendete Ersitzung die Abweisung der Eigenthumsklage zur Folge haben müsse. In dieser Weise erklärt sich vor Allem *l. 10 C. h. t.* ganz vortrefflich, indem es hier heifst, dafs die nach Erhebung des Eigenthumstreites vollendete Ersitzung (*l. t. praescriptio*) dem Präscribenten nichts nütze; ebenso *l. 26. C. de rei vind. 3. 32*, welche dahin zu verstehen sein wird, dafs die Zeit des Processes nicht geeignet sei, um sich auf dieselbe als Zeit der Ersitzung berufen zu können; weil diese von der *Litiscontestation* ab rückwärts zu be-

rechnen sei. In demselben Sinne wird nach l. 10 C. de poss. 7. 32 der mit der rei vindicatio beklagte Usucapionsbesitzer von dem Zeitpunkte der Litiscontestation an als solcher nicht mehr betrachtet; sowie in gleicher Weise nach l. 2. C. h. t. und l. 4. C. quibus non obiic. 7. 35 den Usucapienten ein qualificirter und durch Klageanstellung des gegenwärtigen Klägers vor dem Ablauf des longum tempus nicht gestörter Besitz schützt. Nach l. 1. C. h. t. kann der einmal mit der Eigenthumsklage belangte Besitzer später sich dem Kläger gegenüber, wenn dieser seine Klage vom Neuen aufnimmt, was nach l. 9 C. de praescr. XXX ann. 40 Jahre lang möglich ist, nicht mehr auf die Erfitzung stützen, weil diese, um seine Verurtheilung auszufliessen, vor der Litiscontestation begründet sein mußte ⁷⁵⁾.

Diese nothwendige Folge der Litiscontestation konnte natürlich nicht eintreten, wenn der Beklagte sich auf den Proceß nicht einlassen wollte. Es wurde hier ein Auskunftsmittel für den Fall geschaffen, wenn der belangte Besitzer in fremdem Namen seinen Auctor benannt hatte und dieser sich auf die ergangene Ladung nicht vor Gericht einfinden wollte ⁷⁶⁾. Hier wurde es so angesehen, als sei lis contestirt worden in dem Augenblicke, wo der alieno nomine possidens vor Gericht geladen worden war, d. h. der wahre Besitzer sollte, wenn er später etwa den Proceß auf sich nahm, sich auf die von diesem Zeitpunkte an abgelaufene Frist zu seiner Rechtsvertheidigung nicht mehr berufen können.

Auch für die praescriptio XXX vel XXXX annorum, mit welcher Justinian nach l. 8 §. 1. C. de praescr. XXX ann. für den Fall, daß der Besitz einer Sache in gutem Glauben erworben worden war, in gleicher Weise, wie mit der l. t.

75) Insofern diese Stelle dem Singularfucceffor das Recht auf Accessio possessionis abspricht, ist sie nur historisch zu erklären und kann auf praktische Geltung einen Anspruch nicht erheben.

76) l. 2. C. ubi in rem actio 3. 19.

praescriptio den Erwerb der Eigenthumsklage verband, kann die Unterbrechung nur in dem hier entwickelten Sinne Platz greifen. Auch für diese praescriptio ist es wahr, daß sie als Erwerb des Eigenthumes nicht bloß dem Kläger gegenüber unterbrochen werden konnte und andererseits die absolute Wirkung der Unterbrechung dieselben unangemessenen Ergebnisse, wie bei der ordentlichen Erfitzung herbeiführen mußte.

In solchen Fällen, wo der Besitzer überhaupt nicht zu beklagen war, konnte es natürlich zu der unterbrechenden Wirkung durch Klaganstellung in dem hier gemeinten Sinne gar nicht kommen und es war daher der Eigenthümer in Gefahr, durch den Ablauf der für die Erfitzung vorgeschriebenen Frist sein Eigenthum zu verlieren. Um das zu vermeiden, wurde von Justinian in l. 2. C. de annal. exc. 7. 40 bestimmt, es solle in derartigen von ihm genau bezeichneten Fällen die Ueberreichung des Klaglibells als den praeses provinciae oder andere obrigkeitliche Personen, eventuell auch ein öffentlicher Anschlag an dem Orte, wo der Besitzer sein Domizil hat, genügen: ad omnem temporalem interruptionem sive triennii, sive longi temporis, sive triginta vel quadraginta annorum sit.

So aufgefaßt bereitet diese Constitution, welche eines der wichtigsten Argumente der Gegner unserer Ansicht ist, der Erklärung keine Schwierigkeiten. Auf Grund dieses Gesetzes glaubten selbst solche Gelehrte, die mit uns darin einig sind, daß wenigstens die ordentliche Erfitzung des Justinianischen Rechtes durch die Klageanstellung nicht unterbrochen werde, doch in den, im Gesetze aufgezählten Fällen der Protestation eine unterbrechende Wirkung beilegen zu müssen⁷⁷⁾. Dagegen ist mit Recht zu erinnern, daß der Verwahrung als bloßem Surrogate der Litiscontestation auch keine anderen Wirkungen als dieser zukommen können⁷⁸⁾.

77) z. B. *Unterholzner* I §. 127, S. 453 u. §. 129, S. 455 f.

78) Vergl. *Puchta* §. 160 Note c, *Arndts* §. 163 Anm. 2, *Vangerow*

Dafs es wirklich das Princip der l. 18 de rei vind. ist, welches — als ein Ausflufs des natürlichen Grundsatzes, dafs Thatfachen, welche den Besitz als solchen nicht berühren, auch auf die Ersitzung keinen Einflufs ausüben — auch für das neuere Recht das maßgebende ist, wird auch durch den Wortlaut der späteren für die Ersitzungslehre Grund legenden Gesetzesstellen, wenn nicht gerade erwiesen, so doch sehr nahe gelegt; so sagt Justinian im pr. J. de usuc. 2. 6. — constitutionem — promulgavimus, qua cautum est, ut res quidem mobiles per *triennium*, immobiles vero per longi temporis praescriptionem, i. e. inter praesentes *decennium*, inter absentes *viginti annis usucapiantur*; et his modis non solum in Italia, sed in omni terra — dominia rerum, iusta causa possessionis praecedente, acquirantur. Das Eigenthum soll also erworben werden lediglich durch 3, 10 und 20jährigen Besitz, der auf einer iusta causa possessionis beruht, wobei die bona fides des Erwerbes als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Ein weiteres Erfordernifs wird nicht aufgestellt.

Man hätte, wenn die Nichtanstellung der Eigenthumsklage während der angegebenen Fristen nothwendig gewesen wäre, ihrer in ähnlicher Weise gedenken müssen, wie in den oben angeführten Stellen, die zum Erwerbe der praescriptio ausdrücklich eine possessio non interrupta inquietudine litis ⁷⁹⁾ verlangen.

I. §. 323, S. 611. Vielfach ist geradezu behauptet worden, durch l. 2 cit. sei der in den Digesten enthaltene Rechtsatz stillschweigend aufgehoben worden; so insbesondere von *Stephan* a. a. O. S. 188—191 in Vergl. mit S. 181. In ähnlicher Weise meint *Windscheid* (§. 180 Anm. 7) aus der Gleichstellung der Ersitzung mit jeder anderen Verjährung (vergl. die oben citirten Worte der Constitution) folgern zu müssen, dafs im Sinne Justinians auch die Erhebung des Processus selbst die Ersitzung unterbrechen solle. Vergl. auch *Wächter* S. 103. Wenn aber der Gesetzgeber die Klaganstellung wirklich als die Ersitzung unterbrechend gedacht hat, so erscheint die Aufnahme der zahlreichen Stellen in den Digesten, die ganz klar das Gegentheil aussprechen, geradezu unbegreiflich.

79) l. 2. C. h. t.

Der Institutionenstelle entspricht auch ganz und gar der Inhalt der const. un. cit., insbesondere der §. 1 in den Worten: — in rebus mobilibus vel se moventibus, quae fuerant alienatae — usucapionem — duximus esse corrigendam, ut si quis alienam rem — bona fide per continuum triennium detinuerit, is firmo iure eam possideat, quasi per usucapionem ei acquisitam. Auch hier werden nur die Erfordernisse der alten usucapio erwähnt, während es doch wohl geboten war, das von der gegnerischen Seite behauptete Erforderniß der Nichtanstellung der Klage — wenn es überhaupt ein solches war — durch die Worte: non inquietatus oder sine interpellatione, sine litis inquietudine zum Ausdruck zu bringen. Daraus, daß dieses nicht geschehen ist, läßt sich schließen, daß auch die neuere Ersitzung, wie die alte usucapio als eine dominii adeptio per continuationem possessionis im strengen Sinn des Wortes gedacht wurde, also keinerlei Säumnis in der Person des Eigenthümers voraussetzte.

Es wäre in der That auch in hohem Maße befremdend, daß, wenn die von uns verworfene Meinung die richtige wäre, Justinian der Aufhebung der zahlreichen in den Digesten enthaltenen, dagegen sprechenden Stellen mit keinem Worte gedacht haben sollte, um so mehr, als dieselben in so klarer und bestimmter Weise die Nichtunterbrechung der Usucapio betonen und somit von den Compilatoren nicht anders, als mit dem vollen Bewußtsein ihrer Bedeutung aufgenommen werden konnten. Dazu kommt, daß sie selbst, mehrere dieser Stellen mit Rücksicht auf anderweite Aenderungen im späteren Rechte nachweisbar interpolirt haben.

Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß Justinian's eigene Gesetzgebung einen Anhaltspunkt dafür bietet, daß er dem Grundsatze, die Ersitzung werde durch die Anstellung der Eigenthumsklage nicht unterbrochen, Rechnung zu tragen beabsichtigt war. Bekanntlich hat dieser Kaiser in l. 4. C. de

litigiosis 8. 37 zum ersten Male⁸⁰⁾ dem Beklagten die Veräußerung einer res litigiosa als eine nichtige⁸¹⁾ verboten und mit Strafen bedroht. Als res litigiosa bezeichnete er weiter nur jene Sache, in Betreff welcher ein Eigenthumsstreit anhängig sei.⁸²⁾ Dieses Verbot läßt sich allerdings dadurch erklären, daß faktische Veräußerungen die im Justinianischen Rechte herrschende Realexecution nicht beeinträchtigen sollten,⁸³⁾ indem der im Eigenthumsstreite obliegende Kläger zufolge dieser gesetzlichen Bestimmung auf Grund des Urtheils die Sache demjenigen abfordern konnte, der sie vor der Urtheilsfällung vom Beklagten erworben hatte, ohne daß ersterer dem Kläger entgegenhalten konnte, die res iudicata sei für ihn nicht bindend⁸⁴⁾; — allein das Gesetz war doch nur dann ein zur Verwirklichung der Realexecution unbedingt nothwendiges, wenn es dem Beklagten möglich war, während des Prozesses das Eigenthum durch Erfitzung zu erwerben. Hier war es, wenn die Sache vom Beklagten veräußert und tradirt worden war, dem obliegenden Kläger rechtlich unmöglich geworden, seine Sache zu erhalten und die Absicht eine solche Folge auszuschließen, dürfte wohl die ursprüngliche Veranlassung des Gesetzes gewesen sein. Hatte doch auch das Verbot der Veräußerung eines italischen Grundstücks gleichfalls in der Möglichkeit der Eigenthumsübertragung durch den nicht besitzenden Kläger seinen Grund gehabt⁸⁵⁾.

Die praktische Bedeutung des von uns für das Recht der Erfitzung behaupteten Satzes ist außer Zweifel für jene

80) *Bachofen*, ausgewählte Lehren des röm. Civilrechts, Bonn 1848, *Vangerow*, §. 160 V. 5, S. 258.

81) Das ergibt sich aus den Worten »vitio litigiosi contractus subiacere« in Vergleichung mit fr. de iure fisci §. 8 »— emptio nullius momenti est«. Vergl. *Bachofen* S. 63—65.

82) Nov. 112 c. 1.

83) *Bachofen* S. 87 u. 88, Note 88 u. 89, *Vangerow* a. a. O.

84) *Windscheid* I §. 125, Note 7 und Text dazu.

85) *Bachofen* S. 57 ff.

Zeit, wo das Veräußerungsverbot der l. 4 cit. noch nicht bestand. Aber auch nach Erlassung dieses Gesetzes, das nach überwiegender Ansicht — abgesehen von den darin angedrohten Strafen — noch gegenwärtig als geltendes Recht zu betrachten ist⁸⁶⁾, ist seine Anwendbarkeit nicht in Frage zu stellen, da die Litigiosität ihrer Natur nach auf die Dauer des Prozesses, d. h. auf die Zeit von der Litiscontestation, nach Justinian'schem Rechte von der Klage-mittheilung an bis zum Urtheile beschränkt ist⁸⁷⁾. Eine res litigiosa ist somit nicht mehr vorhanden, wenn der Prozess liegen bleibt⁸⁸⁾ oder das Urtheil gefällt⁸⁹⁾ ist. In diesen Fällen ist in der That eine rechtswirksame Uebertragung des Eigenthumes durch den Beklagten, welcher mittlerer Weile erfaßt hat, möglich; selbstverständlich unbeschadet seiner, aus dem Prozessbeginn oder dem Urtheile erwachsenen obligatorischen Verpflichtungen.

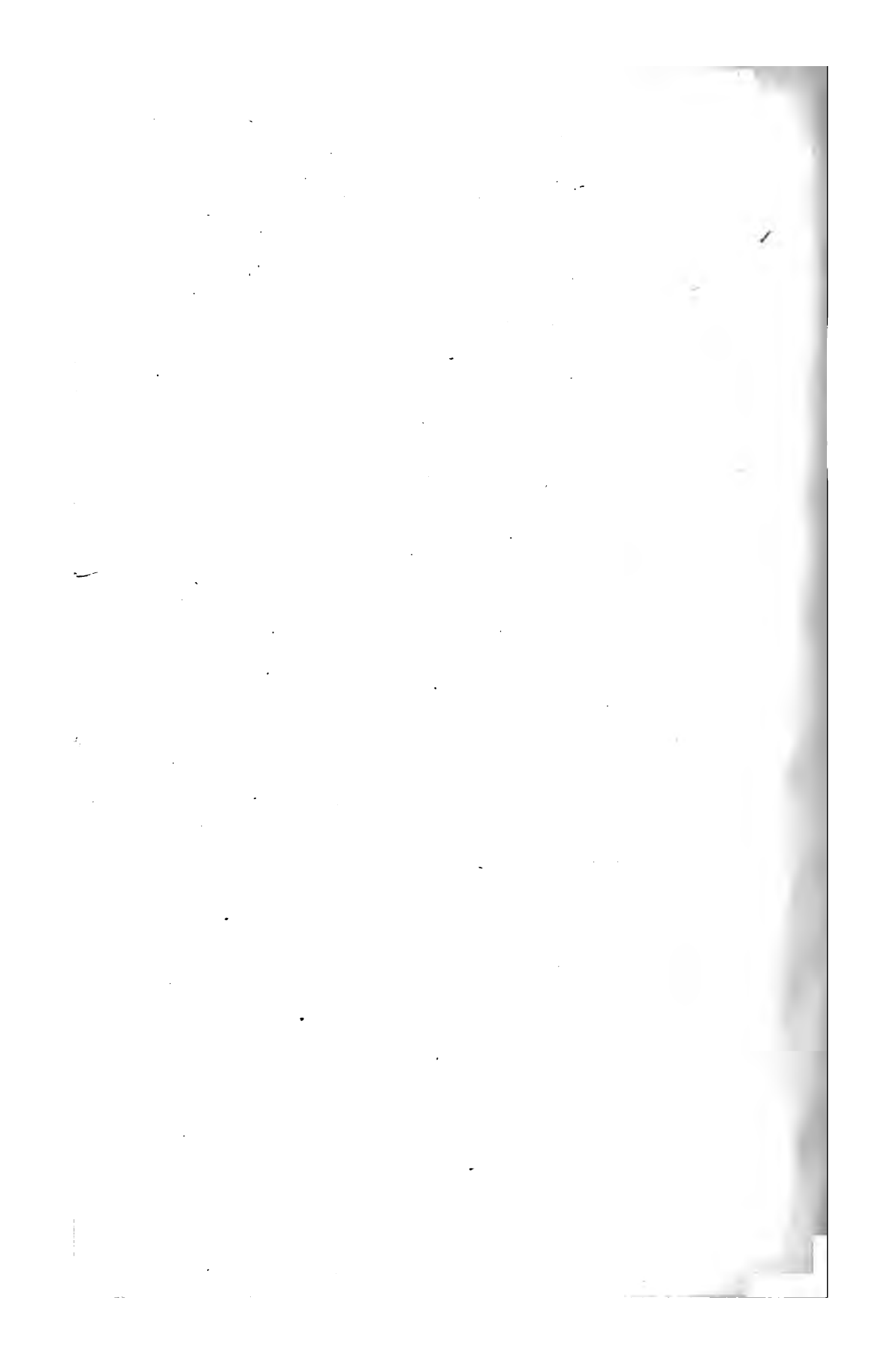
86) Vergl. *Vangerow* a. a. O. Nr. 7 S. 259.

87) §. 8 fragm. de iure fisci. — res autem litigiosa videtur, de qua apud suum iudicem causa delata est. — Auth. de litigiosis (Nov. 112. c. 1) Litigiosa res est, de cuius dominio causa movetur inter possessorem et petitorem iudiciaria conventionione —.

88) *Windscheid* §. 123 Ziff. 1 a. E.

89) *Bachofen* S. 61.

Ex 46 P.
11/20/00



Bei Theodor Ackermann in München sind ferner erschienen:

Amira, Dr. Karl von, Das altnorwegische Vollstreckungsverfahren. Eine rechtsgeschichtliche Abhandlung. gr. 8°. 1874. Preis M. 7. 60 Pf.

— — **Erbenfolge und Verwandtschaftsgliederung nach den alt-niederdeutschen Rechten.** gr. 8°. 1874. Preis M. 4. 80 Pf.

Grueber, Dr. Erwin, Versuch einer Erklärung der L. 9. §. 1. D. de jure dotium. gr. 8°. 1874. Preis M. 1. —.

Hellmann, Dr. Friedr., Die novatorischen Funktionen der Wechselbegebung. gr. 8°. 1874. Preis M. 1. 60 Pf.

— — **Das gemeine Erbrecht der Religiösen.** Ein historisch-dogmatischer Versuch. gr. 8°. 1874. Preis M. 2. —.

Lacher G. A., f. Reg.-Assessor, Die Gemeindeordnung für die bayer. Landestheile diesseits des Rheines vom 29. April 1869. Mit Erläuterungen. 2. nach dem Gesetze v. 19. Jan. 1872 berichtigte Ausgabe. 8°. 1873. Preis M. 1. 40 Pf.

— — **Das Gesetz über die öffentliche Armen- und Krankenpflege vom 29. April 1869.** Mit Erläuterungen. 2. Auflage. 8°. 1873. Preis M. —. 45 Pf.

— — **Das revidirte Gesetz über Heimat, Verheirathung und Aufenthalt vom ^{16. April 1868} _{23. Febr. 1872.}** Mit Anmerk. 8°. 1872. Preis M. —. 45 Pf.

Lorenz Friedr. Aug., Igl. Bezirksgerichtsrath a. D., Das Polizeistrafgesetzbuch für Bayern vom 26. December 1871. Mit erläuternden Anmerkungen. 8°. 1873. Preis M. 3. —.

— — **Das Strafgesetzbuch für das deutsche Reich nebst dem deutschen Einführungsgeetze vom 31. Mai 1870.** Mit Anmerkungen unter besonderer Rücksicht auf Bayern. 8°. 1873. Preis M. 4. —.

— — **Das Gesetz, den Vollzug der Einführung des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich in Bayern betreffend, vom 26. December 1871.** Mit erläuternden Anmerkungen. 8°. 1873. Preis M. 2. 40 Pf.

